

metall

Dein Magazin

Jahrgang 76 | 6/2024 | D 4713 | igmetall.de/metall



Gemeinsam kämpfen

Tariffbewegung Metall und Elektro: Auf in die Warnstreiks!



Foto: Werner Bachmeier

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17. Oktober 2024



Foto: Lando Hass

Editorial

Gemeinsam mehr erreichen: IG Metall fordert 7 Prozent!



Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall

Foto: Thomas Pirot



Nadine Boguslawski,
Hauptkassiererin der IG Metall, verantwortlich für Tarifpolitik

Foto: Lando Hass

Die Beschäftigten in den Branchen der Metall- und Elektroindustrie tun alles, damit der sozialökologische Umbau der Industrie gelingt: Sie entwickeln, fertigen und installieren die Spitzenprodukte von morgen. Deshalb fordert die IG Metall in der Tarifbewegung eine Entgelterhöhung von 7 Prozent und 170 Euro für Azubis. Das ist gerecht, bezahlbar und stärkt die Kaufkraft von Millionen Menschen in Deutschland.

Ob wir unsere berechtigten Forderungen durchsetzen, hängt von Euch ab: Nehmt an den Warnstreiks und Kundgebungen teil und zeigt den Arbeitgebern, dass Ihr hinter den Forderungen steht und bereit seid, für sie zu kämpfen.

Viele Herausforderungen, die den Industriestandort Deutschland belasten, lassen sich nicht in dieser Tarifbewegung lösen. Deutschland benötigt im zweiten Jahr der Rezession ein Konjunkturprogramm, eine bezahlbare Energieversorgung und einen staatlich subventionierten Industriestrompreis für die energieintensiven Branchen. **Die Politik muss durch eine aktive Industriepolitik Betriebe und Beschäftigte dabei unterstützen, die Geschäftsmodelle der erfolgreichen deutschen Industrie in eine Zukunft zu führen, die unabhängig von fossilen Brennstoffen ist.**

Der Wandel wird kommen. Die Frage ist nur, ob deutsche Unternehmen und ihre Beschäftigten darauf bestmöglich vorbereitet sind oder nicht.

Wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Die IG Metall steht bereit, das Steuer herumzureißen. In unserem Elf-Punkte-Programm zeigen wir auf, wie wir die Industrie in Deutschland in eine erfolgreiche und gerechte Zukunft führen und moderne Arbeitsplätze sichern können. Jetzt müssen auch Politik und Arbeitgeber entschlossen handeln.

Christiane Benner

N. Boguslawski

Leserinnen und Leser meinen



Ausgabe 5/2024

Foto: IG Metall

»Wenn Löhne und Gehälter stets exponentiell ansteigen, sprich durch eine Erhöhung mit Prozentsätzen, steigen die höheren Einkommen immer stärker als die niedrigen Einkommen; die Einkommensschere geht immer weiter auseinander. Der Abstand zwischen den ›Lohngruppen‹ müsste aber immer gleichbleiben, ansonsten bedeutet es, dass die oberen Gruppen immer eine höhere Produktivität haben als die unteren Gruppen. Es wäre viel gerechter, wenn alle den gleichen absoluten Betrag zusätzlich bekämen..«

Patrick Helpap, Rudolstadt

Wirtschaftlich immer weiter abgedrängt

METALL 9/10 2024

»Geld auszugeben lohnt sich!«

Jetzt rächt sich die Politik der letzten Jahrzehnte, wo auf Teufel komm raus gespart wurde. Denn was habe ich von einer sogenannten schwarzen Null, wenn es mit der gesamten Infrastruktur abwärtsgeht? Was man damals mit weniger Geld hätte reparieren können, ist mittlerweile so marode, dass nur noch ein totaler Abriss mit einem anschließenden teuren Neuaufbau infrage kommt. Es muss bei allem investiert werden: zum Beispiel Bahn, Straßen, Industrie, Schulen. Dabei sollte man nicht nur an die Großindustrie denken, sondern auch, und das ganz besonders, an den Mittelstand. Denn ohne den Mittelstand ist eine gut funktionierende Wirtschaft gar nicht möglich. Fazit: Ohne massive Investitionen werden wir wirtschaftlich immer weiter abgedrängt, weltweit.

Wolfgang Sobotta, Münster

Haben wir nichts aus der Geschichte gelernt?

METALL 9/10 2024

»Antikriegstag – drei Fragen an Thomas Würdinger«

Zum Frieden gehört nicht, dass Waffen an die Ukraine und Israel geliefert werden. Sie tragen nur zu weiteren Eskalationen und vielen Toten bei. Hier ist Diplomatie gefragt. Aber das Wort kennt die Ampelregierung nicht. Wir führen Krieg mit Russland, obwohl im Grundgesetz Artikel 26 (1) steht, dass solche Handlungen, die das friedliche Zusammenleben stören, verfassungswidrig sind. Es stimmt, dass Kriege nicht auf dem Schlachtfeld gewonnen wurden, daher sind Waffenlieferungen nicht sinnvoll. Klare Worte von den Gewerkschaften zur Politik der Ampelregierung und Demonstrationen gegen den Krieg sind dringend notwendig. Deutsche Panzer sind wieder auf russischem Boden! Haben wir nichts aus der Geschichte gelernt? Das Schweigen zur Stationierung von Mittelstreckenwaffen auf deutschem Boden ist keine Alternative, sondern trägt zum dritten Weltkrieg bei. Forderung nach einem wirksamen Rüstungskontrollgesetz und diplomatische Initiativen sind notwendig, dafür ist jedoch die Ampelregierung verbrannt. Wer wie Baerbock sagt, wir müssen Russland ruinieren, ist sicher nicht als Vermittler geeignet. Eine Friedensinitiative ist bisher von keinem EU-Land gemacht worden.

Theo Knetzger, Münster

Die Kriegsgefahr reduzieren

METALL 9/10 2024

»Antikriegstag – drei Fragen an Thomas Würdinger«

1966 beschloss der Bundeskongress des DGB auf Antrag der IG Metall, »alles Erdenkliche zu unternehmen, damit des 1. Septembers in würdiger Form als eines Tages des Bekenntnisses für den Frieden und gegen den Krieg gedacht wird«. Im Artikel 2 der Satzung steht, dass sich die IG Metall für »Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung« einsetzt. Ich bin seit 57 Jahren Gewerkschaftsmitglied und erinnere mich noch gut, dass früher die Aktionen am Antikriegstag auch von der IG Metall maßgeblich mitgetragen wurden. Leider sieht und hört man sie heute an vielen Orten bei den Kundgebungen zum Antikriegstag nicht mehr. Gelten die Ziele in der Satzung nicht mehr und wie lassen sich die Befürwortung von Waffenlieferungen in Kriegsgebiete mit Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung vereinbaren? Ist es nicht im Interesse der Mitglieder, durch Abrüstung die Eskalationsspirale des Wettrüstens und damit die Kriegsgefahr zu reduzieren? Die Beteiligung der IG Metall an den Aktionen der Friedensbewegung am Antikriegstag wäre ein gutes Zeichen.

Klaus Stampfer, per E-Mail

»Die Satzung ist eindeutig«

METALL 9/10 2024

»Antikriegstag – drei Fragen an ...

Die Satzung der IG Metall ist eindeutig: »Wir treten ein für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung.« Darin ist nichts »Widersprüchliches« zu finden, wie die Grundsatzabteilung ausführt. Der Beschluss des Gewerkschaftstags lautete: »Gemeinsam mit dem DGB (...) wird die IG Metall Initiativen und Abkommen zur Rüstungskontrolle fordern und abrüstungs- und entspannungspolitische Initiativen unterstützen. Eine Fixierung auf Waffenlieferungen verlängert diesen Krieg und führt (...) zu Tausenden Toten und Verletzten.«

Anne Rieger, per E-Mail

Branchen & Betriebe

Fokus auf Personalkosten ist falsch

VW IN DER KRISE

»Mit mir wird es keine Standortschließungen geben«, betont Daniela Cavallo. Die Gesamtbetriebsratsvorsitzende von VW erklärt, wo der Vorstand versagt hat, wie VW aus der Krise geführt werden kann und wie es jetzt weitergeht.

Die Fragen stellte Christoph Böckmann.



Daniela Cavallo betont: »Wenn es nötig ist, stehen ab Dezember Zehntausende zu Warnstreiks vor den Werkstoren.«

Foto: picture alliance/dpa/Swen Pförtner

Daniela, der Vorstand hat Eure Beschäftigungssicherung nach 30 Jahren gekündigt und will Standorte schließen. Was ist Deine Antwort auf diesen Tabubruch?

Mit der Kündigung der Beschäftigungssicherung hat der VW-Vorstand auch den Weg verlassen, Konflikte bei uns kooperativ anzugehen. Der Unternehmensspitze sollte aber klar sein: Wer Ängste sät und mit der Zukunft unserer Kolleginnen und Kollegen pokert, wird erbitterten Widerstand ernten. Um es auf den Punkt zu bringen: Mit mir und der IG Metall wird es keine VW-Standortschließungen geben.

Was ist denn überhaupt los bei VW?

VW steckt in der Krise, das ist ganz klar. Aber schuld daran sind nicht irgendwelche Personalkosten, sondern Fehlentscheidungen des Vorstands.

Was hat der Vorstand verbockt?

So einiges. Um nur ein paar Beispiele zu nennen: Er hat das Thema Hybride völlig falsch eingeschätzt. Er hielt Hybride für eine Nische, die rasch überholt wäre. Jetzt ist das Gegenteil der Fall und VW steht weitgehend blank da. Dann saßen die ersten Fahrzeuge aus der ID-Reihe nicht, sie steckten voller Kinderkrankheiten und das Design, vor allem innen, war VW nicht würdig. Es musste mühsam und teuer nachgebessert werden. Das ist zwar gelungen, aber auf Kosten der Gewinnkraft. Und dann fehlen uns günstige Elektromodelle.

Was folgt daraus?

Na, die Folge ist die Krise, in der wir jetzt stecken. Es ist eine finanzielle Durststrecke entstanden, die noch länger anhalten wird. Und da retten uns dann auch unsere neuen Verbrenner wie Tiguan, Passat und der aufgewertete Golf nicht. Die laufen zwar super, müssen die Probleme aber quersubventionieren. Am Ende fehlt dann das Geld für unsere Zukunftsinvestitionen.

Der Vorstand denkt, wenn er an den Personalkosten spart, kann er die finanzielle Krise überwinden.

Das ist Quatsch und die falsche Strategie. Der Vorstand will eine finanzielle Lücke von vielen Milliarden Euro schließen. Da sind die Arbeitskosten nur ein Bruchteil davon. Klar ist doch: Die Fantasie, Werke von der VW-Landkarte zu streichen und Tarifeinschnitte vorzunehmen, ändert gar nichts an den eigentlichen Defiziten. Die Frage ist: Wie kommen wir für die Zukunft wieder in die Rolle der Technologieführerschaft?

Und wie kommt dann VW wieder aus der Krise?

Wir müssen kurzfristig an die wirklich bedeutenden Hebel ran: Unsere Prozesse müssen endlich mutiger und schneller werden. Das gilt sowohl für die Verwaltung als auch für den Produktentstehungsprozess. Alles, was am Ende weder relevant für unsere Kundschaft ist noch kaufentscheidend, muss überdacht werden. Unsere Komplexität muss runter, unsere Regelwut, unser Dokumentationsirrsinn und die vielen, vielen doppelten und dreifachen Prozesse zur Absicherung. Und das ist alles Führungsaufgabe.

Gerade seid Ihr in die Tarifrunde gestartet. Wie lief die erste Verhandlungsrunde?

Der Verhandlungsaufakt war eine einzige Enttäuschung, denn vom Unternehmen kam nichts außer einem stundenlangen Klagelied über die harte Wettbewerbssituation. Dabei wäre es jetzt so wichtig, dass die Arbeitgeberseite endlich mal ihrer Verantwortung gerecht und sagen würde, wo sie denn hinwill.

Wie geht es jetzt bei Euch weiter?

Jetzt stehen die nächsten Verhandlungsrunden an. Sollte das Management da aber auch keine echten Zukunftsperspektiven aufzeigen, dann ist auch klar: Ab dem 1. Dezember ab 0 Uhr sind Warnstreiks möglich. Und wenn es nötig ist, dann stehen an Volkswagen-Standorten Zehntausende vor den Werkstoren und auf den Straßen. Der Winter kommt – und wir werden dann, wenn nötig, dem Vorstand richtig einheizen.

Branchen & Betriebe

Bereit für heißen Herbst

THYSSEN-KRUPP STEEL

Seit Monaten kämpfen die Beschäftigten von Thyssen-Krupp Steel für ihre Zukunft und gegen abstruse Sparpläne. Die Solidarität ist riesig. Jetzt bereiten sich die Metallerinnen und Metaller auf einen »heißen Herbst« vor.

Von Christoph Böckmann



Wie geht es weiter bei Thyssen-Krupp Steel? Betriebsratsvorsitzender Ali Güzel betont: »Wenn wir López nicht stoppen, gibt es einen Kahlschlag für Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus.«

Foto: Michael Englert

Die Straßenbahn klingelt, als sie an dem roten Zelt, geschmückt mit IG Metall-Fahnen, vorbeifährt. Ein Lkw hupt. »Mahnwache« ist auf einem großen Transparent zu lesen, das die Beschäftigten über dem Zelt hier direkt am Tor1 von Thyssen-Krupp Steel in Duisburg angebracht haben. Für den Betriebsratsvorsitzenden Ali Güzel und den Vertrauensmann Dirk Riedel ist das Klingeln und Hupen bereits Gewohnheit und trotzdem etwas Besonderes: »Du spürst die Solidarität«, betont Dirk. Ali bestätigt: »Viele kommen extra her, um ihre Unterstützung zu zeigen, auch Beschäftigte anderer Betriebe, Verbände und Vereine.« Vor allem sind es Politiker, die den Weg zu den Stahlbeschäftigten suchen und sich informieren wollen. Hier am Tor1 haben sie schon alle Farben und Ränge gehabt: von Rot über Schwarz bis Grün. »Auch Dauergäste gibt es«, freut sich Ali: »Unser Oberbürgermeister Sören Link ist gefühlt jede Woche bei uns.«

Die Beschäftigten von Thyssen-Krupp Steel können jede Hilfe gebrauchen. Der Vorstandsvorsitzende ihres Mutterkonzerns, Miguel López, will die Stahltochter verkaufen und zuvor ein Sparprogramm durchdrücken, das Tausende Arbeitsplätze gefährdet. Dabei wäre seine Aufgabe, der Stahltochter die Transformation zu ermöglichen. Eine Aufgabe, die dank der Beschäftigten und der IG Metall gut vorbereitet war. Denn gemeinsam erkämpften sie die Zusage von Land und Bund, die Transformation mit rund zwei Milliarden Euro zu unterstützen. Doch López, der erst vor einem Jahr zu dem Traditionsunternehmen kam und zu verantworten hat, dass sich in dieser Zeit der Aktienwert des Stahlunternehmens halbierte, will die Verantwortung abgeben und Stahl verkaufen. Das nötige Geld für Investitionen und Restrukturierung möchte er aber nicht mitgeben. Auf berechtigten Widerspruch reagiert er mit der Axt: Drei erfahrene Stahlvorstände mussten gehen, weil López den neuen Businessplan nicht akzeptieren wollte. Vier Aufsichtsräte warfen hin, weil sie es als unmöglich ansahen, mit dem CEO weiter zusammenzuarbeiten.

Beschäftigte werden sich von López nicht brechen lassen

Was die Beschäftigten von López halten, ist auf einem Zettel zu lesen, den sie vor der Mahnwache an einem Straßenschild angebracht haben. Drauf steht: Zwischenzeugnis López. In allen Fächern geben die Beschäftigten dem CEO die Note 6.

Für die Leistungen von López findet auch Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender der IG Metall und stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Thyssen-Krupp AG, deutliche Worte: »So geht es nicht weiter. Ich erwarte eine Rückkehr zu den wirklichen Problemen und zu Lösungsansätzen, die breit getragen werden.« Zur Räson ruft den Manager auch Christiane Benner. Bei ihrem Besuch der Mahnwache betont die Erste Vorsitzende der IG Metall: »Ich beobachte mit großer Sorge, wie leichtfertig die Führung von Thyssen-Krupp binnen Wochen Vertrauen zerstört und Unsicherheiten geschürt hat. Ohne Respekt vor der Mitbestimmung und Zusammenarbeit auf Augenhöhe geht es nicht.« Und was, wenn López nicht einlenkt?

»Wer die Stahlarbeiterinnen und Stahlarbeiter kennt, weiß, die sind kampferprobt und die kann man nicht brechen. Das schafft auch ein López nicht«, sagt Ali und fügt hinzu: »Wir bereiten uns auf einen heißen Herbst vor.«



Foto: Michael Englert

»Wir haben ein Herz aus Stahl. Wir sind Ruhrpott. Wir werden López stoppen.«

Dirk Riedel, Vertrauensmann

Stahlindustrie braucht jetzt Hilfe

STAHL IST ZUKUNFT

Hohe Energiekosten und Überkapazitäten auf den globalen Märkten bedrohen die Stahlindustrie und ihre Transformation. Auf und vor dem Stahlgipfel kämpft die IG Metall für einen Industriestrompreis, grüne Leitmärkte und einen fairen internationalen Wettbewerb.

Von Christoph Böckmann



Sorgenvoller Blick auf die Stahlindustrie. Jetzt muss die Politik mit einem Sofortprogramm die Zukunft des deutschen Stahlstandorts sichern.

Foto: Frank Rogner

Den 2000 Metallerinnen und Metallern ruft Jürgen Kerner zu, worum es geht: »Die deutsche Stahlindustrie braucht jetzt Lösungen.« Wenige Meter entfernt, in der Duisburger Mercatorhalle, findet gleich der Nationale Stahlgipfel statt. Dort wird der Zweite Vorsitzende der IG Metall Politik und Wirtschaftslenkern mit Nachdruck erklären, wie Lösungen aussehen, um die Stahlindustrie in eine klimafreundliche Zukunft zu führen. Denn klar ist: Die Zeit drängt, Zehntausende Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel.

Draußen verdeutlichen Metallerinnen und Metaller aus 40 verschiedenen Betrieben aus der gesamten Bundesrepublik, wie schlecht es um die heimische Stahlindustrie steht: Einen alten Holzkarren haben sie vor die Stufen des Haupteingangs gezogen. Beladen ist er mit großen Würfeln, die den erdrückenden Ballast symbolisieren, unter dem die Industrie zusammenzubrechen droht. Auf den Würfeln stehen die Probleme: »zu hohe Energiepreise«, »Investitionsstau« oder »Stahldumping aus China«. Die Beschäftigten fürchten, dass die Stahlindustrie aus Deutschland abwandert, wenn die Politik diese Probleme nicht schleunigst angeht.

IG Metall, der Branchenverband WV Stahl und die elf Bundesländer, in denen die Stahlindustrie beheimatet ist, haben einen Nationalen Aktionsplan Stahl erstellt und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck überreicht. Drei Punkte dieses Sofortprogramms sind entscheidend: erstens wettbewerbsfähige Strom- und Wasserstoffpreise. Zweitens sind grüne Leitmärkte erforderlich. Das heißt, die Politik muss der geringen Nachfrage nach grünem Stahl auf die Sprünge helfen, indem sie Anreize schafft, diesen zu nutzen und bei öffentlichen Aufträgen selbst auf grünen Stahl setzt. Als Drittes ist eine Handelspolitik notwendig, die die heimische Industrie vor staatlich subventionierten Überkapazitäten aus dem Ausland schützt.

Wie wichtig die Stahlindustrie für die deutsche Wirtschaft ist, hat auch Habeck verstanden. Am Ende des Gipfels betonte er: »Die deutsche Stahlproduktion steht am Anfang vieler relevanter Wertschöpfungsketten und ist damit wichtiger Impulsgeber für Schlüsselbranchen und ihre Transformation.«

Um die Zukunft der Stahlindustrie und der von ihr abhängigen Branchen zu sichern, wird die IG Metall den Druck auf die Politik mit einem Aktionsmarathon erhöhen, bis sie die nötigen geforderten Maßnahmen umsetzt.



Foto: Frank Rogner

»Wir haben uns gemeinsam auf den Weg gemacht für eine grüne Zukunft. Jetzt müssen Betriebe und Politik liefern.«

Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender der IG Metall

Titel

Auf in die Warnstreiks!

TARIFBEWEGUNG METALL- UND ELEKTROINDUSTRIE 2024

Die Warnstreiks haben begonnen. Die IG Metall fordert 7 Prozent mehr Geld für die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie und 170 Euro mehr für Auszubildende. Die Arbeitgeber taktieren jedoch und verweisen auf die schwierige Wirtschaftslage. Doch wachsen kann die Wirtschaft nur dann wieder, wenn die Löhne steigen. Jetzt gilt es.

Von Dirk Erb und Leonie Scholz



Foto: Michael Seehase

Um Punkt Mitternacht haben am Dienstag mit Ablauf der Friedenspflicht die Warnstreiks in der Metall- und Elektroindustrie begonnen. 1,7 Prozent mehr haben die Arbeitgeber in der zweiten Verhandlungsrunde angeboten, allerdings erst ab Juli 2025 – und dann weitere 1,9 Prozent ab Juli 2026, für 27 Monate. Zu lang, zu wenig, zu spät.

Jetzt machen die Mitglieder der IG Metall in den Betrieben Druck für ihre Forderungen. Bundesweit sind Zehntausende draußen vor den Toren bei Warnstreiks und Kundgebungen auf den Straßen.

Warnstreiks sind unser gutes Recht als Gewerkschaft. Das Streikrecht wird durch Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz garantiert. Der Arbeitgeber kann Euch daher Eure Teilnahme an Warnstreiks der IG Metall nicht verbieten (**siehe Seite 22**).

IG Metall fordert 7 Prozent mehr Geld

Die IG Metall fordert 7 Prozent mehr Geld für die Beschäftigten, um die Preissteigerungen der letzten beiden Jahre abzufedern. Auszubildende, die besonders von den Preissteigerungen betroffen sind, sollen 170 Euro mehr im Monat erhalten. Daneben fordert die IG Metall eine soziale Komponente für die Beschäftigten in den unteren Entgeltgruppen.

Außerdem will die IG Metall auch über mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit für Beschäftigte reden. Etwa durch eine Ausweitung der Wahlmöglichkeit zwischen dem tariflichen Zusatzgeld (T-ZUG) und freien Tagen. Die Arbeitgeber verweisen auf die schwierige wirtschaftliche Lage, klagen über schlechte Standortbedingungen und drohen mit Verlagerungen.

Im ersten Halbjahr 2024 sind Produktion und Auftragseingänge in der Metall- und Elektroindustrie zurückgegangen. Die Wirtschaftslage vieler Betriebe ist aktuell schwierig. Das bestätigen auch Umfragen der IG Metall unter Betriebsräten.

Allerdings haben viele Betriebe im letzten Jahr noch Rekordgewinne eingefahren. Und noch immer gibt es etliche Betriebe, denen es gutgeht – vor allem Unternehmen, die sich strategisch auf den Strukturwandel, etwa die Transformation hin zur Elektromobilität, eingestellt haben. Dennoch malen die Arbeitgeber die Lage schwarz und wollen sparen – natürlich zuerst bei den Beschäftigten.

Arbeitgeber drohen – der Fall Volkswagen

Bei VW droht das Management mit Werksschließungen und Massentlassungen. Dabei hat VW letztes Jahr noch einen zweistelligen Milliarden Gewinn eingefahren und erst vor einem halben Jahr Rekorddividenden in Höhe von 4,5 Milliarden Euro an die Aktionäre ausgeschüttet. Seit Wochen setzen sich die VW-Beschäftigten an allen Standorten gegen den Kahlschlag und für ihre Forderungen ein, um ihrer Verhandlungskommission den Rücken zu stärken. »Volkswagen krankt eben genau nicht an seinen deutschen Standorten und an den deutschen Personalkosten«, betont die Gesamtbetriebsratsvorsitzende Daniela Cavallo. »Volkswagen krankt daran, dass der Vorstand seinen Job nicht macht.« Die Arbeitskosten sind nicht an der schwierigen Wirtschaftslage schuld. In der Metall- und Elektroindustrie betrug der Anteil der Entgelte an den Umsätzen im Jahr 2023 nur noch 16,1 Prozent.

Mehr Wachstum nur durch mehr Kaufkraft

Zudem braucht die Wirtschaft mehr Kaufkraft. In ihrem Herbstgutachten sagen die Wirtschaftsforschungsinstitute für 2025 wieder ein leichtes Wachstum von 0,8 Prozent voraus. Dabei rechnen sie jedoch fest damit, dass der private Konsum,

mit über 50 Prozent der größte Faktor des Bruttoinlandsprodukts, wieder anzieht: Die privaten Haushalte sollen nächstes Jahr wieder 0,9 Prozent mehr Geld ausgeben. Mehr Konsum – woher soll der kommen, wenn die Arbeitgeber in der wichtigsten Branche, der Metall- und Elektroindustrie, die Entgelte nicht erhöhen wollen und stattdessen die Beschäftigten mit ihren Spar- und Verlagerungsplänen verunsichern?

Klar halten die Menschen dann ihr Geld zusammen, meint Christiane Benner, die Erste Vorsitzende der IG Metall. »Mehr Lohn ist wichtig für die Beschäftigten, um mehr Planungssicherheit zu haben. Denn dadurch würde der Konsum wieder angekurbelt. Wir müssen die Binnennachfrage stärken. Und bei aller Herausforderung: Die Metall- und Elektroindustrie hat viele fette Jahre hinter sich. Das wissen auch die Arbeitgeber.«



Foto: Christian von Polentz

Arbeitgeber müssen Verantwortung übernehmen

Ja, die Lage ist schwierig, doch bei den Löhnen zu sparen, würde die Wirtschaft noch mehr abwürgen. Das sehen die Beschäftigten ebenso. Schon bei den Demonstrationen vor den Tarifverhandlungen im September und Oktober haben Tausende freigenommen, um den Arbeitgebern Flagge zu zeigen.

»An der wirtschaftlichen Lage sind nicht wir, sondern die Manager schuld«, meint etwa Leo Kiriakidis von MAN München, der mit 5000 Metallern und Metallern beim Tarifaufakt in Bayern demonstrierte. »Wir hatten 2023 ein absolutes Rekordjahr, trotzdem wurde jetzt ein Sparprogramm mit harten Personalmaßnahmen angekündigt«, ärgert sich Calvin Moquete von Infineon in Neubiberg. Und immer wieder ist zu hören: Die Kaufkraft muss erhalten werden. Ja: Die Inflation ist wieder zurückgegangen, aber die Preise bleiben ja trotzdem hoch und treffen besonders die unteren Einkommen. Sie brauchen mehr obendrauf, eine soziale Komponente. Und auch die Älteren stehen voll hinter der Forderung nach einem Extraplus für die Auszubildenden, die mit ihrer Ausbildungsvergütung kaum noch allein über die Runden kommen, schon gar nicht in großen Städten, findet Stefan Schmidt von Feintool in Obertshausen im Rhein-Main-Gebiet, der zur Demo vor der Verhandlung für das Tarifgebiet Mitte gekommen ist. »Wenn man sieht, wie die Mieten und Lebenshaltungskosten gestiegen sind, dann sind 170 Euro mehr für Auszubildende ein Muss.«

Politik ist gefordert, unsere Industrie zu erhalten

Doch neben den Arbeitgebern sehen die Beschäftigten auch die Politik gefordert, bessere Rahmenbedingungen für die Industrie zu schaffen.

»Viele Probleme, die es in Deutschland gibt, lassen sich nicht in dieser Tarifrunde lösen, ob es um zu viel Bürokratie, zu lange Genehmigungsverfahren, zu hohe Energiepreise oder Probleme mit der Infrastruktur geht«, erklärt die IG Metall-Vorsitzende Christiane Benner. »Was die Autoindustrie und die Industrie insgesamt brauchen, ist Planbarkeit. Dazu gehört eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung, also ein staatlich subventionierter Industriestrompreis für energieintensive Unternehmen. Und wir müssen Investitionen stärken, egal ob durch Reform der Schuldenbremse oder ein substanzielles Sondervermögen. Auch viele Ökonomen und Industrieverbände fordern staatliche Investitionen.«

Zum Erhalt des Industrielands Deutschland hat die IG Metall einen Elf-Punkte-Zukunftsplan entwickelt (Kasten rechts): Der Staat muss in Innovationen und Infrastruktur investieren, in Energie und Netze, in die Digitalisierung, in die Förderung von Elektroautos, Batterien und Wasserstoff, in Forschung und Entwicklung, in Bildung – aber auch in Wohnungen und einen starken Sozialstaat. 600 Milliarden Euro in den nächsten 10 Jahren sind dafür aus Sicht der IG Metall nötig. Das fordert sogar das von den Arbeitgebern finanzierte Institut der deutschen Wirtschaft (IW), etwa als Infrastrukturfonds, der von der Schuldenbremse ausgenommen ist.

Doch zuallererst müssen sich die Arbeitgeber klar zum Industriestandort Deutschland bekennen und investieren, statt abzubauen, zu verlagern und die Beschäftigten zu verunsichern. Das steht ganz oben im Elf-Punkte-Zukunftsplan der IG Metall.

Mehr Geld jetzt – Arbeitsplätze sichern

Das Wort »Tarif« kommt aus dem Arabischen, vom Wort für »wissen«. Du weißt, was Du kriegst. Das gibt Sicherheit. Wenn die Beschäftigten Entgelterhöhungen einplanen können, dann können sie auch wieder mehr kaufen.

Dazu brauchen sie aber neben mehr Geld auch sichere Arbeitsplätze. Für Betriebe mit Problemen gibt es bereits Tarifverträge der IG Metall, die eine vorübergehende Absenkung der Arbeitszeiten zur Sicherung von Arbeitsplätzen regeln.

Wie damals in der Krise 1993 bei VW, als die IG Metall mit einer Viertagewoche 30 000 Arbeitsplätze gerettet hat.

Doch um beides zu erreichen – mehr Geld jetzt, aber darüber hinaus auch sichere Arbeitsplätze –, dafür werden wir gemeinsam kämpfen müssen. Jetzt in der Tarifbewegung in der Metall- und Elektroindustrie – und in den kommenden Monaten in Auseinandersetzungen in den Betrieben.



Foto: Thomas Pirot

»Wir müssen die Binnennachfrage stärken. Und bei aller Herausforderung: Die Metall- und Elektroindustrie hat viele fette Jahre hinter sich. Das wissen auch die Arbeitgeber.«

Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall



Foto: Lando Hass

»Es liegt an den Arbeitgebern, mit ordentlich mehr Entgelt die Sicherheit zu erhöhen und die Kauflust zu fördern. Davon profitieren auch die Unternehmen.«

Nadine Boguslawski,
Hauptkassiererin der IG Metall, verantwortlich für Tarifpolitik

Aktuelle Infos

Hier findet Ihr aktuelle Nachrichten, Hintergründe, Fotos und Videos zur Tarifrunde Metall- und Elektroindustrie 2024: igmetall.de/metall-tarifrunde

Tarifrunde Volkswagen 2024: tarifrunde-vw.de



Elf-Punkte-Plan der IG Metall

Industrieland Deutschland erhalten:

unsere Forderungen an Arbeitgeber und Politik im Elf-Punkte-Zukunftsplan:

igmetall.de/11-punkte-plan

Branchen & Betriebe

Sicherheit und Verteidigung**WEHRINDUSTRIE**

Thomas Pretzl ist Betriebsratsvorsitzender bei Airbus Defence and Space in Manching. Im Interview spricht der 49-Jährige über die Zeitenwende, sein Engagement als Metaller – und warum die Branche industriepolitische Initiativen von der Regierung einfordert.

Die Fragen stellte Jan Chaberny.



Hoher Besuch: Thomas Pretzl und Olaf Scholz beim gemeinsamen Rundgang durch die Fertigungshalle für den Eurofighter. Der Bundeskanzler besuchte am 19. Januar 2024 den Airbus-Standort in Manching.

Foto: Betriebsrat Airbus Defence and Space Manching

Thomas, Du bist Betriebsratsvorsitzender bei Airbus Defence and Space in Manching. Am Standort befindet sich das militärische Luftfahrtzentrum des Unternehmens. Wie ist die aktuelle Situation in Manching?

Rund 6000 Kolleginnen und Kollegen arbeiten hier, damit die deutsche Luftwaffe fliegen kann. Manching ist die Heimat des Eurofighters. Hier entsteht er, bekommt seine Inspektionen, wird kontinuierlich weiterentwickelt. Darüber hinaus haben wir den Tornado, das Transportflugzeug A400M und das Aufklärungsflugzeug AWACS in der Betreuung. Wir entwickeln gerade die erste große, europäische Drohne Eurodrone und arbeiten am Technologiedemonstrator Future Combat Air System (FCAS) mit.

Hat sich seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine etwas verändert? Spürst Du eine Zeitenwende?

Die breite Öffentlichkeit diskutiert plötzlich über Sicherheitspolitik und Frieden. Wie sicher sind wir in Deutschland? Können wir uns verteidigen? Ist die Bundeswehr dafür ausgerüstet? Wir, die in der dazugehörigen Industrie arbeiten, werden oft darauf angesprochen. Die Zeitenwende ging für uns in Manching allerdings erstmal nach hinten los. Die Bundesregierung kaufte in den USA 35 amerikanische Kampffjets unseres Konkurrenten ein und eben keine Eurofighter. Mittlerweile wird beabsichtigt, weitere 20 Eurofighter zu kaufen. Die kommen dann aus Manching.

Wie wird den Kolleginnen und Kollegen am Standort begegnet, gibt es mittlerweile mehr Interesse an ihrer Arbeit?

Es wird viel diskutiert. Konflikte, Gewalt und Krieg waren für viele Menschen weit weg. Der russische Überfall auf die Ukraine, ein Krieg in unserer Nachbarschaft, kommt uns sehr nah. Wir arbeiten für die Landes- und Bündnisverteidigung. Viele schätzen unsere Arbeit wert und sagen uns das auch. Und klar gibt es Menschen, die anderer Meinung sind. Wir leben in einer Demokratie, Meinungsvielfalt und gegenseitiger Respekt gehören zusammen.

Du beschränkst Dich nicht auf Deine Betriebsratsarbeit, Du engagierst Dich dazu im Ortsvorstand Ingolstadt sowie im Bezirk Bayern. Was gibt Dir die ehrenamtliche Arbeit?

Ich will mich nicht mit den herrschenden Verhältnissen abfinden. Ich will verändern. Dafür haben mich meine Kolleginnen und Kollegen gewählt. Deshalb engagiere ich mich dort, wo ich wirksam sein kann. Deshalb bin ich IG Metall-Mitglied. Und gemeinsam erreichen wir viel. Ob in einer Tarifrunde, bei der Verhandlung von Betriebsvereinbarungen oder dem Engagement für unsere Programme. Das zu sehen, zu sehen, was möglich ist, das treibt mich an. Für mich ist klar: Gewerkschaftlich Aktive erleben mehr und leben glücklicher.

Die wehr- und sicherheitspolitische Industrie ist eine politische Branche. Parlament und Regierung gestalten nicht nur die Rahmenbedingungen, sondern treffen zentrale Entscheidungen. Wie ist Deine Erfahrung: Fallen die politischen Entscheidungen am grünen Tisch? Oder hört die Politik in die Branche hinein?

Rüstungsinvestitionen unterliegen in Deutschland der politischen Kontrolle. Es gibt kaum Entscheidungen, die öffentlich nicht nachvollziehbar sind. Die Politik aktiv anzusprechen, ist wichtig. Wir laden Politiker in die Betriebe ein, um den Dialog mit Betriebsräten und der Belegschaft zu fördern. Damit können sie eine gute Industriepolitik im Sinne der Menschen gestalten. Und wir schätzen als Betriebsräte die starke Stimme der IG Metall für die Belegschaftsinteressen und die Zukunft unserer Industrie. Unsere Branchenarbeit ist für unsere IG Metall-Mitglieder in den Betrieben entscheidend.

Anscheinend hört die Politik nicht allzu genau hin: Bei der Ausrüstung der Luftwaffe setzt die Bundesregierung jedenfalls mehr auf US-Systeme. Wie bewertest Du das?

Die Entscheidung, US-amerikanische F-35 zu bestellen, ist eine Enttäuschung für unsere Belegschaft. Es gibt einen Trend, die Luftwaffe mit amerikanischem Gerät auszustatten. Selbstverständlich: Die transatlantischen Beziehungen sind wichtig und Deutschland ist sicherheitspolitisch auf die USA angewiesen. Aber es ist nicht sinnvoll und zielführend, wehrtechnische Abhängigkeiten zu verstärken. Deshalb setzen wir uns gemeinsam mit der IG Metall für die Weiterentwicklung unserer Technologien ein – und waren erfolgreich: Bundeskanzler Olaf Scholz unterstützt unsere Bemühungen und verkündete im Juni 2024 die Absicht, 20 weitere Eurofighter zu beschaffen.

Im November 2023 machten rund 12 000 Kolleginnen und Kollegen an bundesweit über 20 Standorten auf die bedrohliche Lage in der wehrtechnischen Luftfahrtindustrie aufmerksam. Die Beschäftigten haben ihre Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass heimische Betriebe bei öffentlichen Aufträgen angemessen beteiligt werden, um Technologien weiterzuentwickeln und Arbeitsplätze zu sichern. Wie geht es jetzt weiter?

Die Aktionswoche war eine Reaktion auf fehlende Entscheidungen der Politik. Mein großer Dank gilt allen Kolleginnen und Kollegen, die sich bundesweit an der Aktion beteiligt haben. Unsere Forderungen nach Planungssicherheit, nach Arbeitsplatzsicherung, Beteiligung des Mittelstands und der Zulieferer, besseren industriellen Beteiligungen bei ausländischen Beschaffungen und nach einem Technologiefahrplan fanden Gehör. Im Anschluss der Aktionswoche fand ein Treffen mit den Abgeordneten der Regierungsfractionen statt und Bundeskanzler Olaf Scholz besuchte Manching. Ein halbes Jahr später fiel die Entscheidung für den Eurofighter und zuvor für zusätzliche Hubschrauber aus Donauwörth. Damit sind wir noch nicht am Ziel. Wir fordern die Bundesregierung weiter auf, eine klare industriepolitische Linie zu fahren. Es geht hier vor allem um die Sicherung der A400M-Produktion und den Schutz von Arbeitsplätzen, Betrieben und Technologien im Raumfahrtbereich.

Zu Airbus Defence and Space gehört auch die Raumfahrt. Die steckt in Deutschland in Schwierigkeiten. Airbus-Vorstandschef Guillaume Faury hat angekündigt, den Umbau der Satellitensparte anzugehen. Von Sanierung über Kooperationen bis zu Käufen und Verkäufen sei nichts ausgeschlossen.

Die Airbus-Geschäftsführung sieht anscheinend alle genannten Optionen als mögliche Lösungen. Sie wollen eine aggressive Transformation neben den laufenden Sparprogrammen im Raumfahrtbereich durchführen. Eine Analyse ergab aber, dass neben unternehmensinternen Fehlern marktbedingte und strukturelle Herausforderungen die Raumfahrt in Deutschland und Europa belasten.

Was ist jetzt dringend nötig?

In Deutschland entwickeln, bauen und betreiben wir Satelliten. Wir fertigen Bauteile für Raumfahrzeuge. Die werden weltweit nachgefragt. Kaum ein Raumfahrzeug navigiert zum Beispiel ohne einen Sternensensor aus Jena. Was ich sagen will: Deutschland hat enorme Kompetenzen auf diesem Gebiet. Es stehen uns nun intensive Verhandlungen bevor. Es geht nicht nur um die Airbus-Standorte und die Raumfahrt in Deutschland, sondern um eine mögliche Restrukturierung der gesamten Raumfahrtbranche in Europa – mit unabsehbaren Folgen zum Beispiel für eine eigenständige Klimabeobachtung. Wir wollen die Arbeitsplätze unserer Belegschaften erhalten und Stellenabbau und Betriebsschließungen vermeiden.

Wie will die Arbeitnehmerseite vorgehen?

Wir sprechen die deutsche Politik frühzeitig auf die möglichen Konsequenzen an und bitten um Unterstützung. Und wir fordern die Arbeitgeberseite auf, ihre Hausaufgaben zu machen, also die Arbeitsplätze zu sichern, die Beschäftigung in den Betrieben zu gewährleisten und Technologie- wie auch Know-how-Verlusten vorzubeugen. Wir schließen Aktionen wie 2023 für die militärische Luftfahrt – und mehr – auch im Raumfahrtbereich nicht aus. Dabei vertrauen wir auf unsere gemeinsame Stärke: die geschlossene Solidarität der Metallerinnen und Metaller.

»Ich will mich nicht abfinden. Ich will verändern. Dafür haben mich meine Kolleginnen und Kollegen gewählt. Gemeinsam erreichen wir viel.«

Thomas Pretzl

Daten & Fakten

Standort Manching

6000 Beschäftigte

39 Nationalitäten

33 Betriebsrätinnen und Betriebsräte

250 Vertrauensleute

Thomas Pretzl

Der 49-Jährige ist Gesamtbetriebsratsvorsitzender bei Airbus Defence and Space und Betriebsratsvorsitzender am Standort Manching. 1991 startete Pretzl eine Ausbildung zum Fluggerätemechaniker mit Fortbildungen zum Maschinenbautechniker und technischen Betriebswirt in Manching.

Tarif

Tarifrunde in der Dosenfabrik

TARIFRUNDE FEINSTBLECHPACKUNGSINDUSTRIE

Auch hier startet die Tarifrunde: Bei Eviosys in Seesen (Niedersachsen) produzieren 400 Beschäftigte Dosen. Der Betrieb hat Tradition, die Beschäftigten sind top ausgebildet, die IG Metall stark und die Tarifverträge teilweise sogar besser als in der Metallindustrie. Beschäftigte erhalten Zuschüsse für persönliche Bildung, auch für den Führerschein oder den Pilzberaterkurs.

Von Dirk Erb

Fast 5000 Konservendosen in der Minute laufen hier bei Eviosys Packaging in Seesen (Niedersachsen) von den Bändern. Maschinen schneiden Blech, biegen und schweißen es und schieben schließlich die fertigen Dosen auf Paletten. Daneben stellen die rund 400 Beschäftigten auch hochreine Dosen für Babymilchpulver her.

Vor 30, 40 Jahren, waren sie mal 1200. Heute ist fast alles automatisiert in der Dosenhalle. Und es ist laut. Ohne Hörschutz kommt hier keiner rein.

Demnächst machen die Beschäftigten sogar noch mehr Lärm: An ihre Maschinen und Gabelstapler hängen sie dann IG Metall-Fahnen. Denn auch bei den Dosenmachern in der Feinstblechpackungsindustrie (FPI) mit ihren bundesweit rund 3000 Beschäftigten in vier Unternehmen ist Tarifrunde. Wie in der Metall- und Elektroindustrie fordern sie 7 Prozent mehr Geld für Beschäftigte – und 170 Euro mehr im Monat für Auszubildende. Ab dem 1. Dezember sind Warnstreiks zulässig.



Fast 5000 Dosen pro Minute: Eviosys Packaging in Seesen (Niedersachsen) stellt Konservendosen für Kunden bundesweit her. Dazu kommen Babymilchdosen, die unter Reinraumbedingungen gefertigt werden. Bei Eviosys gelten die Tarifverträge der Feinstblechpackungsindustrie (FPI) mit rund 3000 Beschäftigten in vier Unternehmen: neben Eviosys sind das Ardagh, Silgan und Trivium. Betriebsrat Marcus Golis (rechts im Bild) ist Mitglied der FPI-Tarifkommission.

Foto: Mark Mühlhaus

Gut organisierter Familienbetrieb

Der Traditionsbetrieb in Seesen – ursprünglich hießen sie Züchner, dann CarnaudMetalbox, dann Crown, seit drei Jahren Eviosys und aktuell werden sie gerade an Sonoco verkauft – ist gut organisiert. 40 Beschäftigte, fast ein Zehntel der Belegschaft, engagieren sich als Vertrauensleute der IG Metall, im Betriebsrat oder in der Jugend- und Auszubildendenvertretung.

»Wir haben motivierte und hochinnovative Facharbeiter, die durch unsere Ausbildung ein hohes Know-how haben und alles können müssen«, meint Marcus Golis, Euro-Betriebsratsvorsitzender von Eviosys, der auch Mitglied der FPI-Tarifkommission der IG Metall ist. »Und wenn wir sagen, wir brauchen euch, dann sind sie da: Bei unserem letzten Warnstreik hat die Produktion komplett gestanden.«

Eviosys – oder Züchner, wie viele hier noch sagen – ist ein echter Familienbetrieb. »Schon meine Eltern, Großeltern und meine Geschwister haben hier gearbeitet«, erzählt CNC-Fräser Andreas Voigt. »Meine Eltern hatten sogar noch ihr Sparkonto und ihre Baufinanzierung von der Firma.« Der heutige Leiter der IG Metall-Vertrauensleute hat hier 1980 seine Ausbildung als Schlosser begonnen. »Damals bist Du sofort bei der Einstellung in die IG Metall rein. Auch unser heutiger Werkleiter hat damals mit mir angefangen.«

Damals haben noch 50 Schlosser und Elektriker mit Andreas in der Werkstatt Werkzeuge für die Produktion gefertigt. Heute sind sie nur noch zu fünft. Viele Produkte sind verlagert worden, ins günstigere Osteuropa – oft auch auf Kosten der Qualität. Doch vieles ist auch geblieben: die Tradition der Firma, mit guten Fachkräften dank guter Ausbildung und einer starken IG Metall. In der Werkstatt haben Azubis unter Anleitung professioneller Sprayer ein Züchner-Logo an die Wand gesprüht (ein Schwein, das in eine Dose springt – und daneben ein IG Metall-Logo).



In der Produktion: Fabian Hesse (links) und Betriebsrat Marcus Golis. Die Dosenfertigung ist weitgehend automatisiert.

Foto: Mark Mühlhaus

Fachkräfte und Auszubildende fehlen

Auszubildende jedoch findet auch Eviosys nur noch wenige. »Als ich vor drei Jahren angefangen habe, hatten wir noch an die 40 Bewerber, doch dieses Jahr hatten wir nur noch 7, von denen wir nur 2 neue Auszubildende einstellen konnten«, berichtet Robin Wölfer, der hier eine Ausbildung zum Werkzeugmechaniker macht – und seit Kurzem auch Mitglied der FPI-Tarifkommission ist. »Deshalb sind die 170 Euro mehr für Auszubildende als Anreiz dringend nötig.«

Dabei bietet die Feinstblechpackungsindustrie ihren Auszubildenden mehr als andere Betriebe. Die Ausbildungsvergütungen sind sogar etwas höher als in der Metall- und Elektroindustrie. »Dazu kommen noch die vielen Zuschüsse«, meint Robin. »Ich habe einen dicken Zuschuss zum Führerschein bekommen, und sogar mein Fitnessstudio wird bezahlt.«

Das Geld kommt aus einem speziellen Fonds in der FPI, den die IG Metall in einem speziellen Qualifizierungstarifvertrag durchgesetzt hat: Aus einem Fonds finanzieren die Arbeitgeber Weiterbildung für ihre Beschäftigten – nicht nur die berufliche, etwa zum Meister oder Techniker, sondern auch die persönliche Bildung. Betriebsrat Marcus Golis etwa hat damit das Schmieden von Damastmessern gelernt – und seinen Schein als Pilzberater gemacht. »Bei uns in der FPI sind vor allem die sozialen Elemente herausragend«, erklärt der Seesener Betriebsratsvorsitzende Dirk Schulz. »Neben dem Qualifizierungstarifvertrag haben wir auch mehr freie Tage, etwa für Hochzeiten, Geburten oder Beerdigungen.«

Solidarisch mit Metallbetrieben

Doch ihnen ist auch klar: Allein, ohne die Metallerinnen und Metaller in der Metall- und Elektroindustrie, die einen Monat früher in die Warnstreiks starten und gute Tarifabschlüsse vorlegen, könnten sie in der FPI niemals so gute Ergebnisse erzielen. Deshalb planen sie ihre Aktionen gemeinsam mit den Vertrauensleuten in Betrieben der Metall- und Elektroindustrie in der IG Metall-Geschäftsstelle Süd-Niedersachsen-Harz – und haben dazu eine gemeinsame Gruppe gegründet, in der sie sich regelmäßig treffen und absprechen.

»Unsere Absprache ist klar«, meint Marcus Golis. »Wir kommen zu Euren Tarifaktionen – danach helfe ich euch. Solidarität gewinnt.«

Mitmachen in der FPI

Arbeitet Ihr in einem Betrieb, der Dosen oder andere Verpackungen herstellt, und habt noch keinen Tarif?

Meldet Euch beim Verhandlungsführer FPI der IG Metall: **Mirko.Richter@igmetall.de**

Rat für Tat

Warnstreik – Dein gutes Recht

RECHT SO

Durch Warnstreiks unterstützen Beschäftigte die Tarifforderung ihrer Gewerkschaft. Beginn und Dauer eines Warnstreiks legt die jeweilige IG Metall-Bezirksleitung fest. Die wichtigsten Fakten rund um den Warnstreik erläutert Yuliya Zemlyankina.



Sie gehören beim Warnstreik dazu: Fahnen, Transparente, Trillerpfeifen – sowie viele Metallerinnen und Metaller.

Foto: Thomas Range

Solidarität gewinnt« lautet das Motto der IG Metall für die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie. Die Gewerkschaft fordert für rund 3,9 Millionen Beschäftigte 7 Prozent mehr Geld sowie 170 Euro mehr

im Monat für Auszubildende. Seit September wird in den Tarifgebieten mit den Arbeitgebern verhandelt – ohne Ergebnis. Nach Ablauf der Friedenspflicht kann die IG Metall zu Warnstreiks aufrufen.

Wie sind Warnstreiks arbeitsrechtlich zu bewerten?

Warnstreiks sind befristete Arbeitsniederlegungen von einigen Stunden. Damit wollen IG Metall und Beschäftigte die Arbeitgeber zu einem Angebot bewegen oder gegen ein zu geringes Angebot protestieren. Warnstreiks sind ein wirksames Druckmittel, um gute Tarifstandards für Mitglieder durchzusetzen.

Befristete Arbeitsniederlegungen sind ebenso wie Vollstreiks im Grundgesetz verankert und somit verfassungsrechtlich garantiert. An einem Warnstreik kann sich also jede oder jeder aus der Belegschaft beteiligen. Es spielt keine Rolle, ob man Gewerkschaftsmitglied ist oder nicht.

Beginn des Warnstreiks

Die Friedenspflicht ist am 28. Oktober ausgelaufen. Seitdem sind Warnstreiks möglich. Die jeweilige IG Metall-Bezirksleitung ruft zu einem Warnstreik auf. Mit dem Aufruf werden Zeitpunkt, Dauer und in der Regel auch der Treffpunkt für die Aktion vor Ort festgelegt.

Warnstreiks erlaubt

Die Teilnahme an Warnstreiks darf keine arbeitsrechtlichen Konsequenzen haben. Arbeitgeber dürfen Warnstreikende nicht maßregeln oder aufgrund der Arbeitsniederlegung kündigen. Droht der Arbeitgeber mit Kündigung oder Abmahnung, können sich Mitglieder bei der IG Metall rechtlich beraten lassen. Betriebsratsmitglieder dürfen sich in ihrer Eigenschaft als Beschäftigte und Gewerkschaftsmitglieder an Warnstreiks beteiligen.

Auszubildende dürfen mitmachen

Außerhalb des Berufsschulunterrichts dürfen sich alle Auszubildenden an Warnstreiks beteiligen. Schließlich fordert die IG Metall auch für sie eine höhere Vergütung.

Und Leihbeschäftigte?

Leihbeschäftigte dürfen nicht als Streikbrecher eingesetzt werden. Das ergibt sich aus den DGB-Tarifverträgen zur Leiharbeit, aber auch aus dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, das ein solches Verbot vorsieht.



Foto: Thomas Burckhardt

Yuliya Zemlyankina

ist Juristin bei der DGB Rechtsschutz GmbH und schreibt künftig in jeder Ausgabe über Fälle aus der Praxis. Ihr habt Fragen zum Rechtsschutz? Die zuständige Geschäftsstelle der IG Metall hilft Euch gern weiter: [igmetall.de/vor-ort](https://www.igmetall.de/vor-ort)

§ Alles Recht



Illustration: Henning Reith

GRUNDSICHERUNG FÜR ARBEITSUCHENDE

Jobcenter darf eine Stromgutschrift nicht mit den Heizkosten verrechnen

Das Bundessozialgericht hat entschieden, dass eine Stromgutschrift aus der Jahresabrechnung nicht mit den Heizkosten verrechnet werden darf. Auch wenn es sich um dasselbe Versorgungsunternehmen handelte, beträfe es zwei verschiedene Verträge: einen über die Lieferung von Strom und einen über die Lieferung von Heizenergie.

Zwar könne das Unternehmen bei der Jahresabrechnung ein Guthaben des Kunden für Strom mit einer Nachforderung für die bezogene Heizenergie verrechnen. Das Jobcenter dürfe das aber nicht. Es müsse beide Verträge getrennt betrachten, so das Gericht.

Begründung: Heizkosten gehören zu den Kosten der Unterkunft. Sie sind grundsätzlich in voller Höhe zu übernehmen, es sei denn, das Jobcenter hat die Heizkosten in einem besonderen Verfahren bereits auf einen für »angemessen« erachteten Wert begrenzt. Das gilt auch für Nachforderungen von Heizkosten aufgrund der Jahresabrechnung. Die Stromkosten werden dagegen pauschal mit dem Regelsatz abgegolten.

Bundessozialgericht vom 10. April 2024 – B 7 AS 21/22 R

SCHWERBEHINDERTENRECHT

Kostenfreier ÖPNV für bedürftige Heimbewohner

Heimbewohner, die Hilfe zur Pflege beziehen und aufgrund ihrer Schwerbehinderung in ihrer Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr erheblich beeinträchtigt sind, haben Anspruch auf unentgeltliche Beförderung im ÖPNV. **Der Fall:** Die Klägerin wohnt in einem Pflegeheim und ist schwerbehindert. Zudem hat sie das Merkzeichen G. Deshalb hat sie Anspruch auf eine kostenlose Beförderung im ÖPNV. Sie hatte zwar eigenes Einkommen, mit dem sie ihren Lebensunterhalt bestreiten kann. Die Kosten für das Heim wurden aber vom Sozialamt übernommen, nachdem ihr Einkommen angerechnet wurde. Den Eigenanteil von aktuell 91 Euro für die Jahreskarte hat die Klägerin selbst getragen. Diese Kosten muss ihr das Sozialamt nun erstatten.

Bundessozialgericht vom 19. September 2024 – B 9 SB 2/23 R

GESETZLICHE UNFALLVERSICHERUNG

Wer sich während eines betriebsinternen Fußballturniers verletzt, erleidet keinen Arbeitsunfall

Das Bundessozialgericht hat entschieden, dass ein betriebsinternes Fußballspiel weder Betriebssport noch eine betriebliche Gemeinschafts-, noch eine Werbeveranstaltung ist. Wer sich dabei verletzt, erleidet damit auch keinen Arbeitsunfall.

Geklagt hatte ein Mann, der an einem firmeninternen Fußballcup teilnahm, an dem die Belegschaft gegeneinander antritt. Dabei verdrehte er sich das Knie und wollte, dass die Berufsgenossenschaft den Unfall als Arbeitsunfall anerkennt.

Das sah das Gericht anders: Der Kläger habe mit der Teilnahme am Fußballturnier und am Fußballspiel keine Pflichten aus seinem Arbeitsvertrag erfüllt. Er war nicht versichert, weil der Wettkampfcharakter im Vordergrund stand und die Veranstaltung nur für fußballinteressierte Beschäftigte gedacht war, das stehe dem Charakter einer betrieblichen Gemeinschaftsveranstaltung entgegen.

Die Teilnahme an einer Sportveranstaltung sei auch nicht automatisch unfallversichert, nur weil sie vom Betrieb unterstützt und in der Presse darüber berichtet wird. Solange der Betrieb die Veranstaltung nicht gezielt als Werbeplattform nutzen will, sei die Werbung durch die Presseberichte nur ein kleiner Nebeneffekt.

Bundessozialgericht vom 26. September 2024 – B 2 U 14/22 R

Politik & Gesellschaft

EIN THEMA, ZWEI MEINUNGEN

Drei Landtage gewählt – drei Fragezeichen bleiben

Was machen die Gewählten in Thüringen, Sachsen und Brandenburg aus dem Votum ihrer Wählerinnen und Wähler? In allen drei Bundesländern werden die Regierungsbildungen herausfordernd. Aber was sind die Konsequenzen aus den Wahlerfolgen der AfD? Der Historiker und Publizist Ilko-Sascha Kowalczyk, geboren in Ostberlin, Autor des Bestsellers »Freiheitsschock«, analysiert die Wahlergebnisse und sieht Deutschland »am Rande und die drei Bundesländer mitten in einer staatspolitischen Krise«. Die Gewerkschafterin Katja Barthold, geboren in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), geht in ihrem Debattenbeitrag der Frage nach, was gewerkschaftliche Arbeit leisten kann, was sie leisten muss, um Wählerinnen und Wähler davon zu überzeugen, dass die AfD wenig bis nichts zu den Lösungen der Probleme vor Ort beizutragen hat.



*Ilko-Sascha Kowalczyk,
Historiker und Publizist*

Foto: Ekko von Schwichow

»Denn dort, wo AfD und BSW regieren werden, gibt es auch keine Zukunft für den Wirtschaftsstandort Deutschland.«

Am 1. und 22. September 2024 haben Demokratie und Freiheit in Deutschland eine krachende Niederlage einstecken müssen. In drei ostdeutschen Bundesländern ging jede zweite Stimme an eine Partei oder Gruppierung, die als kremlnah angesehen werden muss.

Doch damit nicht genug. Jede zweite Stimme ging an eine Gruppierung, die auf dem Boden einer unverarbeiteten Vergangenheit ihre Saat auswirft und nun allmählich erste Früchte erntet. Die AfD als parlamentarischer Arm des deutschen Faschismus verharmlost den Nationalsozialismus. Und die Sekte von Sahra Wagenknecht – mehr ist das nicht mit 40 Mitgliedern in Brandenburg, 75 in Thüringen und 85 in Sachsen – steht in der Tradition von Lenins »Partei neuen Typus«: Militärisch straff organisiert haben die auserwählten Berufspolitiker dem Willen einer kleinen Führungsgruppe, in diesem Fall sogar einer einzigen Führerin, striktem Gehorsam Folge zu leisten. Hinzu kommen rechte und linke Splittergruppen, sodass die Hälfte der Wählerinnen und Wähler bei den demokratischen Wahlen undemokratische Parteien wählte.

Doch damit nicht genug! Die vermeintlichen Wahlsieger Kretschmer (CDU), Voigt (CDU) und Woidke (SPD) lassen sich von Wagenknecht erpressen. Die verlangt außenpolitische Zugeständnisse – sie liefern! Überhaupt war der gesamte Landtagswahlkampf durchweg von Themen geprägt, die keine landespolitischen waren. Das setzt sich nun fort. Und die drei machen mit. Ausgerechnet am 3. Oktober vollzogen sie einen Kotau vor Wagenknecht und gaben ihr, was sie begehrte: eine außenpolitische Erklärung, die letztlich die Solidarität mit der Ukraine erheblich schwächt und im Kreml die Krimsektorkorken knallen lässt. Wer von einem Frieden schwätzt, der allein Putins Kriegszielen dient – die Vernichtung der Ukraine als eigenständigen Staat in den Grenzen von 1994 –, macht sich zum Handlanger des Kremls. Das gilt nicht nur für AfD und BSW, sondern auch für deren mögliche Koalitionspartner.

Schaut man auf den Wahlkampf zurück, kann man sich nur die Augen reiben: Die Grünen sind also der Hauptgegner für alle anderen demokratischen und undemokratischen Parteien in unserem Land? CDU/CSU haben entscheidend dazu beigetragen, dass Deutschland am Rande und die drei Bundesländer wohl mitten in einer staatspolitischen Krise stehen. Demokraten müssen zusammenstehen und auch im harten Wahlkampf so miteinander umgehen, dass sie koalitionsfähig bleiben. Dieser Grundsatz wurde verletzt.

Stattdessen wollen CDU und SPD nun mit Wagenknecht verhandeln, einer Person, zu deren Hauptziel das Herausbrechen Deutschlands aus NATO und EU gehört. Und zugleich verweigert die CDU in Thüringen dem bisherigen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow das Gespräch – einem überzeugten und überzeugenden Demokraten! Der Ausweg kann nur eine Minderheitsregierung sein. Klar, für die Beteiligten ist das anstrengend. Aber sie müssen auch keine Grundsaterklärungen abgeben, die die eigene politische DNA verletzen.

Vielleicht wäre es an der Zeit, dass auch die Gewerkschaften, allen voran die IG Metall, ihre Stimmen erheben. Deren Schweigen zu AfD, BSW und den Ostwahlen ist traurig. Es geht um viel: um Freiheit, Demokratie und ja, auch um Arbeitsplätze. Denn dort, wo AfD und BSW regieren werden, gibt es auch keine Zukunft für den Wirtschaftsstandort Deutschland.



Katja Barthold, Gewerkschaftssekretärin in Thüringen und Podcasterin (»Klassenfrage«)

Foto: Grit Hiersemann

»Doch es gibt Hoffnung. Denn die Kinder der Wendegeneration verabschieden sich mehr und mehr vom Mantra des »Nicht-Aufmuckens«.

Ein Drittel der Wählerinnen und Wähler haben sich bei der Landtagswahl in Thüringen für die AfD entschieden. Dieses Drittel ist nicht zu trennen von der politischen Mehrheit, die sich gegen die AfD entschieden hat. Denn dieses Drittel sind Familienmitglieder, Nachbarn und vor allem Kolleginnen und Kollegen. Denn unter den Arbeiterinnen und Arbeitern stimmten fast 48 Prozent für die AfD.

Und dennoch: Die AfD ist keine neue Arbeiterpartei im Osten. Aber sie füllt mit ihrer Rhetorik Leerstellen aus. Als Gewerkschafterin frage ich mich: Welche Leerstellen sind nach der Wende im Osten geblieben, die es der AfD anscheinend einfach machten, und wie können wir die Menschen wieder bestärken in dem »Wir«, das für etwas kämpft und nicht gegen andere?

Der Soziologe Steffen Mau spricht von einem »strukturschwachen vorpolitischen Raum im Osten«. Weder Parteien noch Kirchen haben die Lücken gefüllt, die nach der Wende geblieben sind. Die Integrationsfunktion der Betriebe, die weit über den arbeitsorganisatorischen Raum reichte und tief ins Private ging, fiel weg, indem sich nicht nur das politische System der DDR auflöste, sondern mit ihr oft die Betriebe selbst.

Die Geschichte der Verwaltung und Abwicklung der alten volkseigenen Betriebe durch die Treuhand ist rund 30 Jahre alt. Dennoch tauchte dieses Thema in vielen Diskussionen mit Beschäftigten vor der Landtagswahl auf und ihre Aufarbeitung findet nur langsam statt. Ältere Kolleginnen und Kollegen können noch heute sehr genau berichten, wie sie erfahren haben, dass »die Treuhand kommt«, und haben damals entweder sofort Kündigungen erlebt oder einen langen Kampf um »ihren« Betrieb begonnen. Bis 1993 verloren drei von vier Thüringern den Arbeitsplatz. Und dennoch ist weder die Geschichte der DDR noch die Geschichte ihres Endes eine eindeutige. Sie ist auch keine Erklärung für die Wahlergebnisse bei der Landtagswahl in Thüringen. Der politische Raum in den Betrieben ist nicht einheitlich. Er ist geprägt von vielen Widersprüchen und das Wahlverhalten ist auch abhängig von vielen privaten und persönlichen Faktoren.

Doch es gibt Hoffnung. Denn die Kinder der Wendegeneration verabschieden sich mehr und mehr vom Mantra des »Nicht-Aufmuckens«. Branchenübergreifend haben Gewerkschaften Zulauf im Osten, auch in Thüringen. Beteiligungsorientierte Gewerkschaftsarbeit erlaubt wieder konfliktorientierte Tarifikämpfe – mit entsprechenden Erfolgen. Die meisten Beschäftigten in Ostdeutschland erlebten in den vergangenen Jahren ihre ersten Streiks und tragen diese Form der Selbstwirksamkeit auch wieder in die Betriebe und Dienststellen und hoffentlich auch bald in den gesellschaftlichen Diskurs.

Doch nicht nur die Streiks selbst, sondern auch die Unterstützung durch Bündnisse wie »wirfahrenzusammen« und ver.di, mit deren Hilfe betriebliche Kolleginnen und Kollegen gemeinsam mit Klimaaktivisten die Gesellschaft für die Tarifikampagne 2024 gewinnen, sind Erfahrungen, die wir brauchen. Wenn ein Thüringer Busfahrer sich beim Streik tatsächlich mit einer Klimaaktivistin unterhält, kommt es eher zur Einsicht, dass beide zusammen für eine Verkehrswende kämpfen – und nicht gegeneinander. Das ist unsere Chance als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, den rechten Parolen etwas entgegenzusetzen.

Kurz & bündig

IG METALL IN PAKISTAN

Drei Fragen an Miriam Bürger, verantwortlich für die Textilbranche beim IG Metall-Vorstand



Foto: Natascha Kähler

Du hast gemeinsam mit der Delegation von Entwicklungsministerin Svenja Schulze Pakistan besucht. Was war der Grund?

Seit 2023 gibt es das deutsche Lieferkettengesetz. Es gilt für Unternehmen, die mehr als 1000 Beschäftigte haben. Seitdem müssen sie sich darum kümmern, dass entlang ihrer Lieferkette Menschenrechte, Umweltstandards und Arbeitnehmerrechte eingehalten werden. Wir haben in Pakistan Textilunternehmen besucht und mit Beschäftigten gesprochen, um zu schauen, wie das in der Praxis aussehen kann.

Was hat sich in den Betrieben geändert?

In einem der Betriebe wurden Beschäftigte qualifiziert und zu Sicherheitsbeauftragten ausgebildet. Daraufhin haben sie Ventilatoren aufgestellt und ausreichend Trinkwasser angeboten. Bei über 40 Grad in den Fabrikhallen verbessern solche Maßnahmen die Arbeitsbedingungen schon gravierend. Und so geht es dann in kleinen Schritten immer weiter – wie bei uns in den Betrieben auch.

Das Gesetz zeigt also Wirkung?

Wir haben viele positive Beispiele gesehen, etwa Programme zum Thema Arbeitsschutz oder gezielte Frauenförderung. Trotz allem ist noch viel Luft nach oben. Daher ist es wichtig, weiterhin Druck zu machen, damit die Unternehmen ihrer Verantwortung auch nachkommen. Denn im Grunde sind das dort ja auch unsere Kolleginnen und Kollegen. Ohne sie könnten wir auch hier in Deutschland kein Geld verdienen.

Miriam Bürger ist beim IG Metall-Vorstand zuständig für die textilen Branchen.

TAG ZUR BESEITIGUNG VON GEWALT GEGEN FRAUEN

Hinschauen und aktiv werden

Am 25. November gegen Gewalt gegen Frauen

Weltweit erfahren Frauen im alltäglichen Leben Gewalt – auch am Arbeitsplatz. Der 25. November ist der Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Anlass für zahlreiche Aktionen in den Betrieben. Um auf die Missstände hinzuweisen und verbündete Kolleginnen und Kollegen zu finden, werden Flyer verteilt und Veranstaltungen organisiert. Denn: Gewalt gegen unsere Kolleginnen geht uns alle an.

Laut einer Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes wurde jede sechste Frau am Arbeitsplatz schon einmal sexuell belästigt. Bei Eurem Betriebsrat oder Euren Vertrauensleuten vor Ort könnt Ihr Euch über Aktionen in Eurem Betrieb informieren.

[igmetall.de/gegengewalt](https://www.igmetall.de/gegengewalt)

STREIK BEI TADANO IN ZWEIBRÜCKEN

Mit Streik Kranwerk von Tadano gesichert

Trotzdem ein Werk und 249 Arbeitsplätze weg



Kämpfen um jeden Arbeitsplatz: die Beschäftigten des Kranherstellers Tadano während des Streiks.

Foto: Frank Rumpenhorst

Vier Wochen lang haben die Beschäftigten des Kranherstellers Tadano in Zweibrücken (Rheinland-Pfalz) gestreikt – und damit eines der Werke, das Zweibrücker Werk in der Dinglerstraße, bis 2028 gesichert. Sie bauen dort über 200 Meter hohe Krane, mit denen Windradmasten aufgestellt werden. Auch Entwicklung, Vertrieb und die Ausbildung mit Übernahme bleiben erhalten.

Das kleinere, drei Kilometer entfernte Werk Wallerscheid am Flughafen wird jedoch Ende Juni 2025 schließen.

Ursprünglich wollte Tadano 400 der fast 1200 Beschäftigten in Zweibrücken entlassen. Durch den Streik konnten IG Metall und Beschäftigte die Zahl auf 249 drücken, die zunächst über ein Freiwilligenprogramm und Abfindungen abgebaut werden. Nach der Restrukturierung arbeiten die 950 übrigen Beschäftigten im Werk Dinglerstraße. Für Mitglieder der IG Metall sind dann betriebsbedingte Kündigungen bis Ende 2028 ausgeschlossen. Geplante Entgeltkürzungen von bis zu 1000 Euro im Monat sind vom Tisch.

Investitionen gesichert – Beschäftigte machen Zukunft

Zudem verpflichtet sich Tadano, 57 Millionen Euro in Zweibrücken zu investieren. Fachkompetenz soll erhalten und Eigenfertigung erhöht werden. Das ist im neuen Zukunftssicherungs- und Beteiligungstarifvertrag festgeschrieben. Die Beschäftigten bringen ihre Ideen ein und werden qualifiziert. Ein Lenkungsausschuss aus Arbeitgeber und Betriebsrat steuert den Prozess.

»Es gibt noch viele Potenziale im Unternehmen«, erklärt Salvatore Vicari, Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Homburg-Saarpfalz. »Wir haben hier eine hochmotivierte Belegschaft, die viele Ideen hat, um Prozesse und Produkte zu verbessern – und so gute tarifliche Arbeit für die Zukunft in Zweibrücken zu sichern und weiterzuentwickeln.«

VERTRAUENSLEUTEKONFERENZ

Vertrauensleute machen Zukunft

So sichern wir unsere Industrie

Wie können wir unseren Industriestandort sichern? Wie können wir in den Betrieben stärker werden und uns durchsetzen – auch in der bevorstehenden harten Tarifrunde? Daran haben 480 Vertrauensleute der IG Metall bei der Vertrauensleutekonferenz 2024 drei Tage lang gearbeitet – unter dem Motto »Wir machen Zukunft«. In Workshops brachten sich die Vertrauensleute Methoden bei – und erarbeiteten gemeinsam neue. Jetzt geht es damit in die Betriebe.

STRAFZÖLLE AUF E-AUTOS AUS CHINA

Verhandlungslösung gefordert

IG Metall und Autobauer warnen

Die Vertreter der EU-Staaten haben für Strafzölle gegen in China produzierte Elektrofahrzeuge gestimmt. Die Strafzölle sollen ab Ende Oktober gültig sein. In der Zwischenzeit will die EU-Kommission mit China weiterverhandeln, um eine alternative Lösung zu finden.

Zur Abstimmung der EU-Staaten über die geplanten Importzölle teilen die Erste Vorsitzende der IG Metall, Christiane Benner, sowie die Vorsitzenden des Gesamt- oder Konzernbetriebsrats der deutschen Automobilhersteller Daniela Cavallo (Volkswagen), Ergun Lümali (Mercedes-Benz), Dr. Martin Kimmich (BMW), Benjamin Gruschka (Ford), Jörg Schlagbauer (Audi) und Uwe Baum (Opel/Stellantis) mit: »Wir lehnen die geplanten Importzölle ab. Mit Blick auf die Zukunftsperspektiven für Hunderttausende Beschäftigte bei den deutschen Automobilherstellern und deren Zulieferern sagen wir unmissverständlich: Die Zölle sind der falsche Ansatz, denn sie verbessern nicht die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Automobilindustrie.

Beide Seiten sollten alles tun, um mit Hochdruck auf dem Verhandlungswege Lösungen für ein faires Wettbewerbsumfeld auf den internationalen Automobilmärkten zu finden. In einem eskalierenden Handelskonflikt würden alle verlieren.«

TEILHABE

Metaller erhält Bundesverdienstkreuz

Als Betriebsrat bei VW schrieb Lorenzo Annese Geschichte

Lorenzo Annese war in seinem Leben ziemlich oft der Erste: der erste italienische »Gastarbeiter« bei Volkswagen, der erste italienische Vertrauensmann, der erste nichtdeutsche Betriebsrat in der gesamten Bundesrepublik. Über Jahrzehnte arbeitete der 87-Jährige im Wolfsburger VW-Werk für ein solidarisches Miteinander. Für dieses Engagement ist der Metaller im Oktober mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt worden. Die IG Metall hatte Annese für diese Auszeichnung vorgeschlagen. Er ist seit 1962 IG Metall-Mitglied. Wer seine Lebensgeschichte noch einmal nachlesen möchte, findet sie im metall-Magazin Mai/Juni 2023 auf den Seiten 28 und 29: [igmetall.de/metall](https://www.igmetall.de/metall)



Hohe Auszeichnung: Metaller Lorenzo Annese (87) bei der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes durch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.

Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Sandra Steins

MITBESTIMMUNG

Betriebsratsgründung: Jede fünfte wird behindert

Inhabergeführte Firmen fallen negativ auf

Wer die Gründung eines Betriebsrats vorsätzlich behindert, macht sich strafbar. Trotzdem kommt das immer noch häufig vor. Das zeigt eine neue Umfrage der Hans-Böckler-Stiftung unter Mitbestimmungsexperten der IG Metall, der Chemiegewerkschaft IG BCE und der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG).

Demnach behindern Arbeitgeber mehr als jede fünfte Neugründung von Betriebsräten. Sie schüchtern Kandidatinnen und Kandidaten ein, drohen mit Kündigung oder verhindern die Bestellung eines Wahlvorstands.

Besonders häufig kommen solche Taktiken in mittelgroßen eigentümergeführten Unternehmen vor. Ist ein Betriebsrat erst mal etabliert, sind Behinderungsversuche des Managements deutlich seltener.

Insgesamt erfuhren die drei befragten Gewerkschaften bei 1,7 Prozent der Betriebsratswahlen von Behinderungsversuchen.

Neues Gesetz zeigt Wirkung

Der gesetzliche Schutz der Mitbestimmung ist laut Böckler-Stiftung zu schwach. Die jüngsten Verbesserungen zeigen aber Wirkung – etwa der Schutz von Beschäftigten, die eine Betriebsratswahl anstoßen, aber nicht selbst zur Wahl antreten. Im Betriebsrätemodernisierungsgesetz wurde diese Gruppe erstmals geschützt. Das wird genutzt, obwohl dafür eine Erklärung beim Notar nötig ist, dass tatsächlich ein Betriebsrat gegründet werden soll.

Fest steht: Wenn Unternehmen eine Betriebsratsgründung behindern, schaden sie sich selbst. Studien zeigen: Betriebe mit Betriebsrat sind im Schnitt produktiver und innovativer als Firmen ohne Mitbestimmung.

[igmetall.de/betriebsrat](https://www.igmetall.de/betriebsrat)

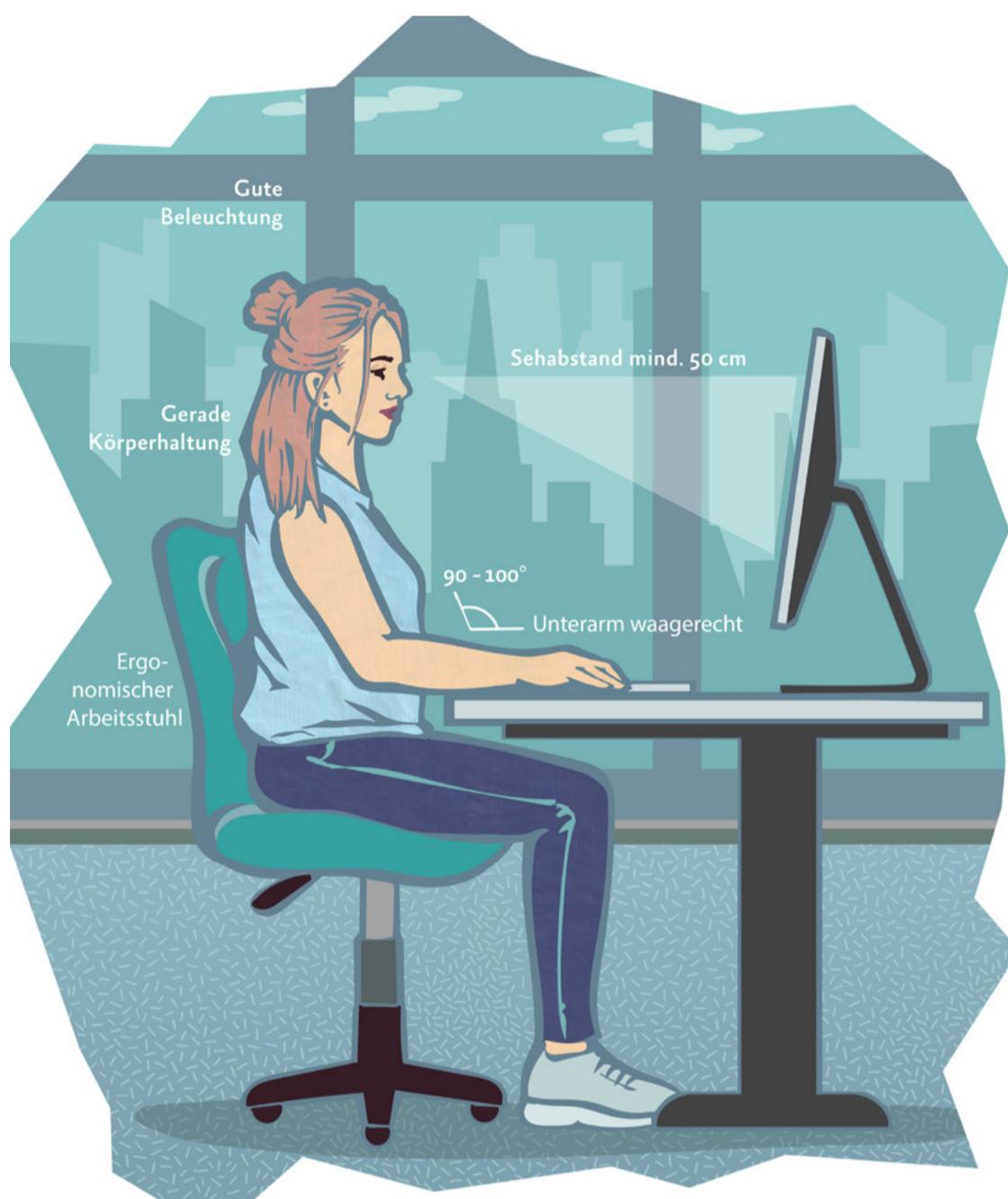
Rat für Tat

Neue Standards für die Bildschirmarbeit

RATGEBER

Die Arbeit an Bildschirmen in Büros und Werkhallen wird immer wichtiger. Für Beschäftigte kann das zu erheblichen Belastungen führen. Eine neue Arbeitsstättenregel soll Gesundheitsrisiken reduzieren.

Von Jan Chaberny | Illustration: Katja Weikenmeier



Die Arbeit an und mit Bildschirmen wird in der zunehmend digitalen Arbeitswelt immer wichtiger: Desktop-PCs, Laptops, Tablets und Smartphones sind an Büroarbeitsplätzen bereits heute nicht mehr wegzudenken. Auch in der Produktion und Logistik sind **Bildschirmgeräte** ein fester Bestandteil der technischen Ausstattung. Klar ist: Der Trend hin zu mehr Bildschirmarbeit wird sich mit fortschreitender Digitalisierung weiter verstärken. Der Anteil der Beschäftigten, die ihre Arbeit teilweise oder nahezu ausschließlich vor einem Bildschirmgerät erledigt, wird weiter deutlich steigen. Damit aber steigen potenziell **auch die gesundheitlichen Risiken für diese Beschäftigten.**

Arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse zeigen deutlich, dass regelmäßiges Arbeiten am Bildschirm eine erhebliche **Belastung für Körper und Geist** darstellen kann – besonders dann, wenn bei der Gestaltung entsprechender Arbeitsplätze und Tätigkeiten nicht auf die Erfüllung **ergonomischer Anforderungen** geachtet wird. Zu den gut dokumentierten Folgen schlecht gestalteter Bildschirmarbeit gehören insbesondere Erkrankungen der Augen, der Wirbelsäule und der Muskulatur. Auch Beeinträchtigungen durch psychische Arbeitsbelastungen sind bekannt.

Exakt hier setzt eine neue Arbeitsstättenregel an, die neue **Standards** für die Bildschirmarbeit festlegt. Die Regel mit dem Titel »ASR A6 Bildschirmarbeit« fasst nicht nur den aktuellen Forschungsstand über gesundheitsrelevante Aspekte der Bildschirmarbeit zusammen. Sie definiert auch **Mindestanforderungen**, die der Arbeitgeber beim Einrichten und Betreiben von Bildschirmarbeitsplätzen einzuhalten hat. Dazu definiert sie **Grenzwerte für die Nutzungsdauer von Geräten** und hiervon abhängig gestaffelte Arbeitsschutzmaßnahmen. Damit schafft die neue Arbeitsstättenregel erstmals verbindliche Arbeitsschutzstandards für die Bildschirmarbeit in der Arbeitsstätte.

Klargestellt wird zunächst, dass der Arbeitgeber im Rahmen der **Gefährdungsbeurteilung** prüfen muss, ob seine Bildschirmarbeitsplätze, die verwendeten Bildschirmgeräte und die eingesetzte Software ergonomisch gestaltet sind. Ausdrücklich zu prüfen sind dabei nicht nur die zu verrichtenden Arbeitsaufgaben und die Umgebungsbedingungen vor Ort. Berücksichtigt werden müssen zudem auch die Fähigkeiten beziehungsweise die Körpermaße und -kräfte der Beschäftigten. Klargestellt wird außerdem, dass die **Maßgaben der Arbeitsstättenverordnung** – zum Beispiel Vorgaben bei einer nötigen Raumabmessung – auch bei Bildschirmarbeitsplätzen strikt einzuhalten sind. Zu den Kernpunkten der Regel gehören von nun an konkrete Mindestanforderungen an Bildschirm- und Büroarbeitsplätze. Beim Einrichten und Betreiben von Bildschirmarbeitsplätzen müssen deshalb vor allem vier Vorgaben erfüllt werden:

1. Die Arbeits- und Sitzhöhe muss an die jeweiligen Körpermaße angepasst werden. Das betrifft zum Beispiel Stuhl und Tisch.
2. Der Bildschirm soll so aufgestellt werden, dass ein Sehabstand von mindestens 500 Millimetern gegeben ist und die Sehachse näherungsweise senkrecht auf der Mitte der Bildschirmoberfläche liegt.
3. Die Darstellung der Zeichen auf dem Bildschirm muss in Abhängigkeit vom Sehabstand angepasst werden können.
4. Die Eingabemittel müssen so angebracht sein, dass der Unterarm waagrecht ausgerichtet ist und die Eingabemittel ohne Bewegungen des Oberarms betätigt werden können.

Grenzwerte für Nutzungsdauer

Dazu gilt: Jenseits der Bereitstellung einer angemessenen Zahl und Größe der Bildschirme sowie **geeigneter Eingabemittel** sind eine **gute Beleuchtung**, ein **ergonomischer Arbeitsstuhl** sowie ein ausreichend **großer Arbeitstisch** zu gewährleisten.

Konkrete Mindestanforderungen gelten von nun an auch für die Ergonomiestandards bei der ortsveränderlichen Verwendung von Bildschirmgeräten im Betrieb, wie sie etwa durch Laptops, Tablets, aber auch bei Daten- beziehungsweise VR-Brillen entsteht. Bei Letzteren sind die Anforderungen an **Tragekomfort und sichere Benutzung** einzuhalten. Die Herstellerangaben zur ergonomischen Benutzung, etwa zur Begrenzung der Tragezeit, sind verbindlich.

Die neue Regel ist, so wie alle vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales erlassenen Technischen Regeln für Arbeitsstätten (ASR), aufgrund vor allem ihrer **Rechtsverbindlichkeit** von besonderer arbeitsschutzpolitischer Relevanz. Das bedeutet: Hält der Arbeitgeber sich an die Vorgaben einer ASR, kann er davon ausgehen, rechtskonforme Arbeitsbedingungen im Betrieb hergestellt zu haben. Hält er sich nicht daran, muss er nachweisen, dass er mit seinen Maßnahmen mindestens dasselbe Schutzniveau erreicht. Für den Arbeitgeber fungiert die neue Regel zur Bildschirmarbeit also als rechtssicherer Leitfaden, der ganz konkret erläutert, wie die Arbeit mit und an Bildschirmen auszusehen hat.

Schließlich gibt die neue Arbeitsstättenregel auch dem **Betriebsrat** ein erweitertes und gezielt **wirksames Instrumentarium** an die Hand – denn er ist dazu verpflichtet, die neue Regel heranzuziehen, um die Bedingungen bei der Bildschirmarbeit in Bezug auf Sicherheit und Gesundheit kritisch zu **beurteilen**. Bei Bedarf ist der Betriebsrat dazu angehalten, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen auf dem Wege der **Mitbestimmung** durchzusetzen.

Bildschirmarbeit: zentrale Fakten

- Die Arbeit an Bildschirmen wird in der Arbeitswelt immer wichtiger.
- Bildschirmarbeit treibt in den Betrieben Digitalisierungsprozesse und Flexibilisierungsdynamiken an.
- Schlecht gestaltete Bildschirmarbeit beeinträchtigt nachweislich die Gesundheit.
- Mit der Arbeitsstättenregel ASR A6 gibt es nun erstmals zeitgemäße und verbindliche Mindestanforderungen an die ergonomische Gestaltung der Bildschirmarbeit in der Arbeitsstätte.
- Mit der neuen Arbeitsstättenregel hat der Betriebsrat ein wirksames Instrumentarium in der Hand.

Branchen & Betriebe

Produzieren und informieren: So arbeiten die E-Auto-Pioniere

GLÄSERNE MANUFAKTUR

Die VW-Beschäftigten in Dresden bauen E-Autos und lassen alle dabei zusehen. Rund 100 000 Menschen kommen jedes Jahr in die Gläserne Manufaktur, um sich über Elektromobilität zu informieren, Probe zu fahren oder am ID.3 zu schrauben. Doch für eine erfolgreiche Mobilitätswende muss auch die Politik ihren Beitrag leisten.

Von Christoph Böckmann



Foto: Thomas Victor

Katrin Bernsen nimmt den Gummihammer direkt entgegen und entscheidet: »Ich mach das.« Dann beginnt sie, die Dachleiste am ID.3 festzuklopfen, die sie zuvor eingesetzt hat. Ihr Mann Hendrik steht daneben, zuckt mit den Achseln: »Schrauben tue ich ja jeden Tag.« Als es dann wenige Augenblicke später um den Einbau des Entlüftungsrahmens geht, fasst er mit an. Ein sattes Klickgeräusch bestätigt: Das Teil sitzt jetzt fest hinter dem linken hinteren Radkasten. Jetzt noch auf der hinteren rechten Seite. Später werden die Entlüftungsrahmen von der Stoßstange verdeckt.

Während die Personen, die künftig im ID.3 sitzen werden, diese Entlüftungsrahmen nie bewusst wahrnehmen werden, weiß das Ehepaar Bernsen jetzt genau, wo sie sitzen und welche Aufgabe sie haben. Eigentlich kam das Ehepaar nach Dresden in die Gläserne Manufaktur, um ihren neuen Wagen abzuholen, einen ID.4. Doch weil sie nun aber schon mal da sind, besichtigen sie das Werk und legen selbst Hand an in der Produktion.

Robert Pardavi begleitet das Ehepaar dabei. Er beantwortet Fragen zur Produktion, zum Auto oder auch zur Elektromobilität im Allgemeinen. Der Metalller ist Produktexperte, gelernt hat er Kfz-Mechaniker. Über eine Zeitarbeitsfirma heuerte er 2010 in der Gläsernen Manufaktur an. »Nach einem Jahr wurde ich dank des Betriebsrats übernommen. Ich hab damals im Bereich Gehänge am Phaeton gearbeitet«, erzählt Robert.

Eigens für den Phaeton ließ der damalige VW-Boss Ferdinand Piëch die Gläserne Manufaktur errichten. Ihre Aufgabe: VW und den Phaeton in der Oberklasse zu etablieren. Die Gläserne Manufaktur sollte beeindrucken und das tut sie heute noch. Tageslicht fällt durch die gläsernen Fassaden in die Produktion, in der heller Parkettboden aus nordkanadischem Ahornholz liegt. Die Beschäftigten tragen blütenweiße Arbeitskleidung. Alles ist darauf ausgelegt, Interessierte anzulocken und von VW zu überzeugen. »Das hat von Beginn an gut funktioniert«, erinnert sich Betriebsratsvorsitzender Thomas Aehlig und ergänzt: »Was aber irgendwann nicht mehr so gut funktionierte, war der Phaeton. 2016 wurde er eingestellt und der Standort stand auf der Kippe. Wir haben ganz schön kämpfen müssen«, erklärt Thomas und betont: »Diese Erfahrung hilft uns, mit der aktuellen Situation umzugehen, jetzt wo das VW-Management Standorte schließen will.«

Die Schließung in Dresden konnten IG Metall, Betriebsrat und Beschäftigte 2016 abwenden. »Wir haben ein neues Produkt bekommen, den e-Golf«, erzählt Thomas. Ab 2017 bauten sie ihn in der Gläsernen Manufaktur, was sie zum ersten rein elektrischen Standort im VW-Konzern machte. »Noch vor Brüssel«, betont Thomas mit einem Augenzwinkern, denn

in der Presse werden die Kolleginnen und Kollegen oft fälschlicherweise als das erste komplett elektrische Werk bezeichnet. Thomas gesteht aber: »Sie waren das erste Vollwerk.«

100 000 Besucher schauen ihnen bei der Arbeit zu

Heute bauen sie in Dresden den ID.3 und sind damit eines der touristischen Highlights in Dresden. Rund 100 000 Menschen kommen pro Jahr in die Gläserne Manufaktur und lassen sich die Elektromobilität zeigen. Vor der Tür gibt es eigens eine Haltestelle für die Stadtrundfahrtbusse. »Wir bauen nicht nur

E-Autos, wir machen auch Marketing für die Elektromobilität im Wert von rund 30 Millionen Euro im Jahr, das haben wir uns mal ausrechnen lassen«, erklärt Thomas und zählt auf: »Jede Stunde haben wir eine Werksbesichtigung und Du kannst auch in der Produktion mitmachen.«

Robert ergänzt: »Viele wollen einfach nur mal fahren. Eine Probefahrt ist bei uns kostenlos und ganz unkompliziert und meist auch spontan möglich. Du brauchst, anders als beim Autohaus, keine Kaufabsichten und musst nicht tagelang auf einen Termin warten.« Robert, der sich vom Kfz-Mechaniker zum Produktexperten weiterqualifizierte, beschreibt ihren Job so: »Unsere Aufgabe ist es, den Leuten VW und die Elektromobilität näherzubringen. Ich überrede keinen, ich beantworte einfach Fragen und räume mit Vorurteilen auf. Zum Beispiel über die Reichweite oder Batterietechnik. Viele haben irgendwo Fehlinformationen aufgeschnappt, die ich schnell entkräften kann.« Herrn Bernsen musste Robert nicht überzeugen. Er war vor »10 oder 15 Jahren« schon mal in der Gläsernen Manufaktur und »fährt privat und als Firmenwagen seit vielen Jahren ausschließlich VW«. Jetzt kommt der erste elektrische dazu. Bernsen hat einen Elektrobetrieb, installiert Kunden Solar- und Speicheranlagen. Im eigenen Haus hat das Ehepaar natürlich die gleiche Ausrüstung und auch eine Wallbox zum Aufladen. »Ohne die, hätte ich mich wahrscheinlich nicht für ein E-Auto entschieden«, sagt Bernsen.



Mitmachevent: Das Ehepaar Bernsen wollte eigentlich nur seinen Neuwagen abholen, jetzt schrauben sie selbst.

Foto: Thomas Victor

Da können die Kolleginnen und Kollegen in Dresden noch so viel Aufklärungsarbeit betreiben, die Politik muss mitspielen, will sie ihr Ziel von 15 Millionen Elektroautos bis 2030 erreichen. Thomas Aehlig deutet durch die Scheiben der Gläsernen Manufaktur auf die gegenüberliegenden Wohnhäuser: »Dort gibt es kaum Parkplätze und Elektroladestellen schon mal gar nicht. Da würde ich mir auch kein E-Auto kaufen. Die Politik muss jetzt schleunigst was tun, und das betrifft nicht nur den Ausbau von Ladepunkten«, sagt Thomas und ist mit dieser Forderung nicht allein.

Die IG Metall fordert von der Politik angesichts der Krise der Automobilwirtschaft, des schleppenden Hochlaufs der Elektromobilität, der Investitionszurückhaltung in der Wertschöpfungskette der Elektromobilität, des Zeitdrucks im internationalen Wettbewerb um die Märkte der Zukunft und des absehbaren Verfehlens der Klimaziele ein neues Förderpaket für die Elektromobilität. »Eine Beschleunigung des Hochlaufs der E-Mobilität würde dem Klima ebenso helfen wie den Herstellern und Zulieferern, die Milliarden in die E-Mobilität investiert haben«, erklärt Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall.

Aber auch die Unternehmen sieht die IG Metall in der Pflicht und wird gegen falsche Strategien vieler Unternehmenslenker wie den Abbau bei Personal und Standorten kämpfen. Christiane Benner verdeutlicht: »Wir brauchen Investitionen in die Zukunft und Fachkräftesicherung, einen langen Atem statt schneller Rendite.« Die Beschäftigten in Dresden können das bestätigen.



Förderpaket für die Elektromobilität

Die Beschäftigten von Herstellern und Zulieferern, die Milliarden in die E-Mobilität investiert haben, werden belastet durch den schleppenden Hochlauf der Elektromobilität. Die IG Metall fordert daher ein Förderpaket für die Elektromobilität. Das Papier gibt es hier: igmetall.de/impulspaket



Foto: Thomas Victor

»Wir führen Menschen an die Elektromobilität ran. Bei uns können sie unsere E-Autos ausprobieren oder sehen, wie wir sie bauen.«

Robert Pardavi, Produktexperte, VW Dresden

Deine IG Metall

Gegen alle Widerstände: Betriebsratswahl gewonnen

ELEKTROAUTOS

CATL, der chinesische Weltmarktführer in der Fertigung von Lithium-Ionen-Akkus, produziert seit 2023 im neuen Werk in Arnstadt (Thüringen) Batteriezellen. Doch die Arbeitsbedingungen sind gar nicht Weltklasse: »Nasenprämien«, Schichtwechsel von heute auf morgen, dreckige Toiletten. Das wollen die neuen IG Metall-Betriebsräte jetzt ändern. Sie haben die Betriebsratswahl gewonnen, gegen alle Widerstände.

Von Dirk Erb



Neu gewählte IG Metall-Betriebsräte bei CATL in Arnstadt (Thüringen): Es begann vor etwas mehr als einem Jahr mit geheimen Treffen. Bei der Betriebsratswahl im September traten 44 Kandidatinnen und Kandidaten der IG Metall-Liste »Charged for a Works Council« an – und gewannen 10 von 15 Sitzen.

Foto: Jacob Schröter

Die rund 350 chinesischen Beschäftigten sind am schlechtesten dran: Sie arbeiten in Zehnstundenschichten, auch am Wochenende. Zur ersten Betriebsratswahl im Batteriezellwerk des chinesischen Weltmarktführers CATL in Arnstadt müssen alle kommen, offenbar mit der Weisung, die Liste 1 mit Leuten des Arbeitgebers zu wählen.

»In der Wahlversammlung haben alle auf ihre Handys geschaut, wo stand, was sie zu wählen haben«, erzählt die neu gewählte stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Heidi Probst. Die Qualitätsprüferin hat als eine der ersten der heute rund 1850 Beschäftigten Anfang letzten Jahres hier angefangen. »Die Bauarbeiter waren noch nicht fertig. Die Maschinen haben wir im Licht unserer Handys geputzt. Hat aber nichts genutzt, weil sie eine Stunde später wieder verdreckt waren wegen der Bauarbeiten. Und es gab nur wenige Dixie-Klos.«

Toiletten gibt es immer noch zu wenige, und CATL spart bei der Reinigung. Am meisten nerven jedoch die kurzfristigen Änderungen des Schichtplans. Die Beschäftigten erfahren etwa erst donnerstags, dass sie in der nächsten Woche zu einer anderen Schicht kommen und private Termine absagen müssen. Oder dass sie am Samstag arbeiten müssen. Anfang des Jahres hatten sie auch mal plötzlich zu wenig Arbeit. »Den Mitarbeitern wurde von heute auf morgen gesagt: ›Bleibt zu Hause‹«, berichtet Heidis neue Betriebsratskollegin Michelle Maifarth. »Viele arbeiten bis heute Minusstunden ab. Etliche haben deswegen gekündigt.«

Die Bezahlung ist mit im Schnitt 2600 Euro brutto im Monat auch für Thüringen mäßig. Das dreizehnte Monatsgehalt gibt es zur Hälfte als Bonus – sie sagen hier »Nasenprämie«. Heidis Teamleiter war damals zwei Monate da. Wie konnte der sie für das ganze Jahr bewerten?

Unfälle, nasse Stromkästen

Dazu kommen gravierende Mängel beim Arbeitsschutz. Eine Kollegin etwa hat sich die Hände mit Elektrolyt aus Chemikalien verätzt, das in einer Sprühflasche zum Putzen gelandet war. »Auch ich musste schon mal zur Kontrolle ins Krankenhaus«, erzählt Michelle, die im Materialeingang kontrolliert. »Eine Materialprobe war voll mit Elektrolyt, das eigentlich erst ganz zum Schluss in die Batterie kommt.« Für sie war das Maß endgültig voll, als es auch noch in die Halle hereinregnete und Wasser in die Stromkästen lief.

All das wollen Heidi, Michelle und die anderen neu gewählten IG Metall-Betriebsräte jetzt angehen. 10 von 15 Mandaten haben sie bei der Betriebsratswahl bekommen. Nicht nur von den deutschen Beschäftigten, sondern auch von den osteuropäischen Leiharbeitern, die in angemieteten Wohnungen untergebracht sind, mit teils unter 1000 Euro netto im Monat. Sogar viele Chinesen haben offenbar die Liste der IG Metall gewählt, trotz der Kontrollen durch chinesische Vorgesetzte. Ansprache und Flugblätter in verschiedenen Sprachen – auf Polnisch, Tschechisch und sogar Chinesisch – haben sich gelohnt. Beschäftigte aus 35 Nationen arbeiten hier, die sich per Handy-App verständigen. Doch die IG Metall-Liste hat Aktive aus fast allen Nationen gewonnen. Das war entscheidend für den Erfolg bei der Betriebsratswahl.

Es begann mit heimlichen Treffen

Vor einem Jahr hat niemand damit gerechnet. Als Heidi Probst zur IG Metall kommt, treffen sie sich zunächst in kleinen Gruppen. »Sprecht Leute an, aber nur die, denen ihr wirklich vertraut«, warnt Petra Jentzsch, die das Erschließungsprojekt der IG Metall bei CATL leitet. Die Treffen werden immer größer. So kommt Anfang 2024 auch Michelle dazu. Bei ersten Aktionen vor dem Werk stehen zunächst nur hauptamtliche IG Metall-Beschäftigte vor dem Tor, verteilen Flugblätter, geben Rat, machen Umfragen: Was muss besser werden bei CATL? Sobald die IG Metall die Betriebsratswahl eingeleitet hatte, zeigten die nun per Gesetz geschützten Kandidatinnen und Kandidaten der IG Metall-Liste offen ihr Gesicht. »Nach unserer Ansprache auf dem Town-Hall-Meeting kamen sogar chinesische Kolleginnen und Kollegen auf uns zu und wollten chinesische Flyer haben«, berichtet Michelle. »Als wir bei den Wahlen dann tatsächlich 10 von 15 Sitzen erreicht haben, waren wir ganz aus dem Häuschen.«

Wie sie durchgehalten haben? »Wir hatten Kontakt zu IG Metall-Aktiven in anderen Betrieben, etwa bei Tesla, die an uns geglaubt und uns Mut zugesprochen haben«, erzählt Heidi. »Das ist ja das Geile an der IG Metall: die Solidarität.«

Jetzt noch stärker werden

Als Erstes wollen die IG Metall-Betriebsräte nun von der Belegschaft in einer Umfrage wissen, welches Thema sie zuerst angehen sollen. »Das ist ja auch für die Firma gut«, sagt Michelle. »Zu viele gute Leute sind schon gegangen.«

Zudem wollen sie mehr Mitglieder für die IG Metall gewinnen, um auch das Thema Tarifvertrag angehen zu können. »Um die Arbeitsbedingungen zu verbessern, müssen wir auch nachhaltig stark sein und mehr gewerkschaftliche Macht aufbauen«, macht Ilko Vehlo, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Erfurt, klar. »Da haben wir noch viel Arbeit vor uns.«



Foto: Jacob Schröter

»IG Metall-Aktive anderer Betriebe haben uns Mut zugesprochen. Das ist ja das Geile an der IG Metall: die Solidarität.«

Heidi Probst, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende, CATL

Politik & Gesellschaft

Höchste Zeit für die Familienstartzeit!

VEREINBARKEIT

Das geplante Gesetz zur Familienstartzeit lässt auf sich warten. Während sich die Koalitionspartner in der Bundesregierung noch über die Finanzierung streiten, stellt das Unternehmen Philips schon jetzt Väter nach der Geburt ihres Kindes für zehn Tage frei.

Von Leonie Scholz



Betriebsrätin Barbara Narjes erklärt einem Kollegen, was die Gesamtbetriebsvereinbarung zur »Partnerzeit« bei Philips vorsieht.

Foto: Julia Kneuse

Schlaflose Nächte, neue Routinen und eine Vielzahl bürokratischer Herausforderungen: In den ersten Tagen und Wochen nach der Geburt eines Kindes steht für die frisch gebackenen Eltern das Leben plötzlich kopf.

Um diese Zeit gemeinsam zu meistern, muss sich bislang ein Elternteil Urlaub oder Elternzeit nehmen. Eigentlich sollte ein Gesetz hier Abhilfe schaffen.

Doch die Umsetzung der sogenannten Familienstartzeit lässt auf sich warten. Während sich die Bundesregierung mit der Einführung des Gesetzes schwertut, hat das Warten bei Philips ein Ende. Das für seine Rasierer, Zahnbürsten und Medizintechnik bekannte Unternehmen führt eigenhändig eine »Partnerzeit« ein. »Die Regelung gibt es seit diesem Sommer bei uns«, erzählt Barbara Narjes, Betriebsratsmitglied bei Philips. »Zehn Tage können sich Väter nun nach der Geburt des Kindes bezahlt freistellen lassen.« Auch Adoptiv- oder Pflegeeltern steht die Option offen.

Was bei Philips als Pilotprojekt für ein Jahr eingeführt wurde, sollte eigentlich seit Anfang des Jahres unter dem Namen »Familienstartzeit« als gesetzliche Vorgabe gelten. Zehn Tage sollten demnach Lebenspartner oder -partnerinnen nach der Geburt mit dem gemeinsamen Kind verbringen dürfen – und das voll bezahlt. Auch Alleinerziehende sollen eine Person aus ihrem Umfeld benennen können, die sie nach der Entbindung unterstützt. Viele Familien warten seit Monaten auf die Umsetzung des im Koalitionsvertrag vereinbarten Gesetzes.

Gesetz hängt fest

Die EU hat schon 2019 beschlossen: Alle Mitgliedstaaten müssen eine zehntägige vergütete Freistellung einführen. Deutschland hätte die EU-Richtlinie eigentlich schon Anfang August 2022 in nationales Recht umsetzen müssen. Doch noch ist unklar, wann und wie das Gesetz kommen wird. Der Grund für die Verzögerung: Unstimmigkeiten bei der Finanzierung. Ähnlich wie beim Mutterschaftsgeld sollen die während der zehntägigen Freistellung fortgezahlten Löhne und Gehälter den Arbeitgebern über ein Umlageverfahren erstattet werden. Zwar zahlen die Arbeitgeber zunächst den vollen Lohn aus, bekommen das Geld aber anteilig von den Krankenkassen zurückgezahlt.

Mittlerweile nehmen es einige Unternehmen selbst in die Hand. Die Finanzierungsfrage scheint dabei eher nebensächlich: »Ein Problem mit der Finanzierung gab es bei uns nicht«, berichtet Barbara. Der Arbeitgeber stelle deutschlandweit Beschäftigte, die das Angebot der Partnerzeit nutzen, bezahlt frei. »Wie man sieht, kann es auch ganz einfach gehen«, betont die gelernte Industriekauffrau.

Viel wichtiger sei, im Blick zu behalten: Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eine wesentliche Voraussetzung für die Fachkräftegewinnung und -bindung. Denn erwerbstätige Mütter und Väter erwarten zunehmend, dass Arbeitgeber ihrem Wunsch nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachkommen. Sie spielt bei der Arbeitgeberwahl von Müttern und Vätern eine zunehmend große Rolle. Und dabei geht es um eine sehr relevante Gruppe auf dem Arbeitsmarkt: Mütter und Väter stellen rund ein Viertel aller Erwerbstätigen in Deutschland. »Wir bei Philips wollen die faire Verteilung von Sorgearbeit unterstützen. Gleichzeitig geht es natürlich auch darum, ein attraktiver Arbeitgeber für potenzielle Beschäftigte zu sein. Wie auch bei anderen Firmen stehen wir durch den Fachkräftemangel vor der Herausforderung, Leute zu finden«, weiß Barbara.

Gleichberechtigter Start ins Familienleben

Der Rechtsanspruch auf eine bezahlte Freistellung wäre zudem eine wichtige gleichstellungspolitische Maßnahme. Denn noch zu häufig ist die Zeit der Familiengründung der Abschnitt im Leben, an dem sich die Erwerbsbiografie von Frauen und Männern auseinanderentwickelt: Frauen leisten deutlich mehr unbezahlte Arbeit und arbeiten häufig in Teilzeit. Die Aufteilung geht bislang in der Regel finanziell zulasten von Frauen. Dabei zeigen Studien, dass immer mehr Väter eine zentrale Rolle in der Kinderbetreuung einnehmen möchten. Trotzdem bleibt die traditionelle Rollenverteilung in Familien häufig bestehen. Mit der Familienstartzeit könnte ein Anreiz geschaffen werden, dass sich der zweite Elternteil mehr an der Kinderbetreuung beteiligt.

Davon profitieren würde nicht nur das Kind: Durch eine faire Aufteilung der Sorgearbeit können Mütter dabei unterstützt werden, sich wieder früher um ihre eigene Karriere zu kümmern. So kann der »Karriereknick«, den viele Mütter mit der Geburt ihres Kindes in Kauf nehmen, abgeschwächt werden. »Jeder Arbeitgeber müsste doch mittlerweile begriffen haben: Nur mit Männern gehts nicht. Man braucht die Frauen. Ansonsten ist die Arbeit nicht zu schaffen. Dementsprechend muss es doch ein Anliegen sein, es Müttern, aber eben auch den Partnern zu erleichtern, Arbeit und Familie unter einen Hut zu bekommen«, bekräftigt Barbara.

Es ist zu begrüßen, dass Unternehmen wie Philips eine bezahlte Freistellung anbieten. Die IG Metall macht weiterhin Druck, dass mit der Einführung der Familienstartzeit ein allgemeiner Rechtsanspruch für alle Beschäftigten kommt – unabhängig vom Arbeitgeber. Mit einer klaren Botschaft richtet sich Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall, an die Politik: »Für die Gleichstellung ist es von großer Bedeutung, dass die Familienstartzeit jetzt schnell auf den Weg gebracht wird. Für andere Elternteile, meist Väter, muss klar sein: Ich kann mich von Anfang an um mein Kind kümmern, ich bin ein gleichberechtigter Elternteil. Das wirkt langfristig!«

Vereinbarkeitsrichtlinie der Europäischen Union

- Nach der Vereinbarkeitsrichtlinie der Europäischen Union haben Väter nach der Geburt ihres Kindes europaweit Anspruch auf eine zehntägige bezahlte Auszeit.
- Die Bundesregierung ist der Auffassung, mit der Regelung zur Elternzeit sei die Richtlinie in Deutschland bereits vollständig umgesetzt, und will deshalb nichts tun.
- Elterngeld wird aber erst ab einer Mindestbezugsdauer von zwei Monaten gezahlt. Eine Freistellung der Väter für zehn Tage bei vollem Lohnausgleich ist damit nicht vorgesehen.
- Die IG Metall geht gerichtlich dagegen vor und klagt im Namen von Mitgliedern die Umsetzung der Richtlinie ein.



Deftig und griechisch wirds mit Spetzofai, den scharfen Würstchen mit Paprika und Tomatensoße. Das traditionelle Gericht passt zu beidem: einem goldenen Herbst und einem frühen Winterbeginn. Das Rezept stammt aus dem internationalen Kochbuch des Arbeitskreises Kult. V der IG Metall Reutlingen-Tübingen.

Foto: Katrin Winner

Mit Schärfe in die Warnstreiks

Um das Spetzofai zuzubereiten, gebt Ihr einen Esslöffel Olivenöl in eine Pfanne und bratet die Würstchen bei starker Hitze, bis sie schön gefärbt sind. Mit einem Schaumlöffel aus dem Topf heben und auf etwas Küchenpapier abtropfen lassen und beiseitelegen.

In die gleiche Pfanne den Rest des Olivenöls, die gehackte Zwiebel und frisch gemahlener Pfeffer geben und eine Minute lang anbraten. Knoblauch und Tomatenmark dazugeben und noch eine Minute anbraten. Anschließend die Paprika dazugeben und weiter anbraten.

Mit dem Rotwein ablöschen, den Boden der Pfanne mit all den Köstlichkeiten abschaben und warten, bis der Rotwein eingekocht ist. Dann den Zucker, die Tomaten aus der Dose, eine Tasse Wasser, die Kräuter und die Gewürze dazugeben. Jetzt die Hitze auf mittleres Niveau herunterdrehen und 25 Minuten bei geschlossenem Deckel garen, bis die Paprika zart wird. Die Würstchen dazugeben und etwas länger kochen, bis die Soße dicker wird.

Serviert Spetzofai heiß mit etwas knusprigem Brot und Oliven oder als Hauptgericht mit Reis. Kalí órexi, guten Appetit!

Zutaten für vier Personen

4 grobe, kräftig gewürzte Würstchen

1 rote Zwiebel

2 Knoblauchzehen

1 grüne Paprika

1 Peperoni

1 Dose gehackte Tomaten

1 EL Tomatenmark

1 Tasse Wasser

4 EL Olivenöl

100 ml Rotwein

1 TL Zucker

Prise Paprika

Salz, Pfeffer

1 Lorbeerblatt, 2 Chilischoten

Dein Rezept

Sende uns Dein Lieblingsrezept zum Nachkochen für Metallerinnen und Metaller.
E-Mail mit dem Stichwort »Rezept« an: **metall@igmetall.de**

Service

Hier kannst Du dich registrieren

Einige Serviceangebote auf der Website der IG Metall sind erst einsehbar, wenn Du Dich online registriert hast. Deinen persönlichen Zugang kannst Du hier einrichten: **igmetall.de/registrieren**

Podcast: So laufen Tarifverhandlungen ab

Was bezwecken Tarifverhandlungen? Wer verhandelt mit wem? In der aktuellen Folge 32 unseres Podcasts werfen wir einen Blick in das Verhandlungszimmer: **igmetall.de/maloche-malibu**

Deine Geschäftsstelle

Fragen zur Mitgliedschaft beantwortet Deine IG Metall-Geschäftsstelle. Hier findest Du die Kontaktdaten: **igmetall.de/vor-ort**

Der IG Metall beitreten

Hier kannst Du Mitglied werden: **igmetall.de/beitreten**

Leserbriefe

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Mitglieder zu Wort kommen zu lassen. Es ist leider nicht möglich, alle Zuschriften abzdrukken. Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. **metall@igmetall.de**

Barrierefreies PDF

Du hast Lob, Kritik oder Verbesserungsvorschläge?
Ich freue mich auf Deine E-Mail!
fabian.hilgendorf@datagraphis.de

Impressum

Herausgeber: Christiane Benner, Jürgen Kerner, Nadine Boguslawski

Beauftragte der Herausgeber: Ursula Kleppmann (verantw. i. S. d. P.)

Anschrift:

Redaktion metall, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main

Chefredakteur: Mirko Kaiser

Redaktion:

Simon Che Berberich, Christoph Böckmann, Jan Chaberny, Dirk Erb, Antonela Pelivan, Leonie Scholz, Jacqueline Sternheimer, Denis Vogt

Bildredaktion: Michael Henrizi

Sekretariat: Beate Albrecht

igmetall.de/metall

Angebot für Menschen mit Sehbehinderung

metall gibt es als barrierefreies PDF: **metall@igmetall.de**

Layout und Gestaltung

Thomas Pötschick, Aschaffenburg

Konzeption der Neugestaltung:

GROOTHUIS. Gesellschaft der Ideen und Passionen mbH, Hamburg

Vertrieb:

Thomas Köhler, Telefon: 069 66 93-22 24, Fax: 069 66 93-25 38, **vertrieb@igmetall.de**

Anzeigen:

Petra Wedel, Zweiplus Medienagentur, Ober-Ramstadt

wedel@zweiplus.de

Druckvorstufe: datagraphis GmbH

Druck und Versand: Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG

Papier:

metall erscheint sechsmal im Jahr. Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten. Das Papier besteht aus einem nachhaltigen Fasergemisch aus regionalem Altpapier, Holzabfällen und Durchforstungsholz. Weitgehendes Vermeiden von fossilen CO₂-Emissionen bei der Herstellung des Papiers schützt das Klima.